



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Schwerpunkt Energie und Umwelt

Der lange Weg zum sauberen Strom

500 Millionen
Corona und
der Haushalt

130 km/h
Klimaschutz
und Tempolimit

100 Jahre
Grenzzubiläum und
Auschwitz-Gedenken

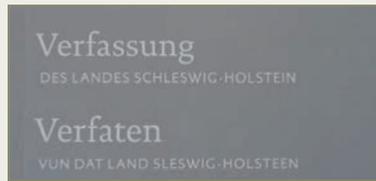
03 Hilfspaket in der Corona-Krise

04 Meldungen

Schwerpunkt: Energie und Umwelt

05 Zahlen und Fakten zum Energiestandort Schleswig-Holstein

06 **Kontroverse Debatte:** Mehr Tempo beim Klimaschutz – ohne Tempolimit



In der Landesverfassung wird das Staatsziel „Klimaschutz“ auch in Zukunft nicht explizit ausgegeben.

08 **Rückblick 1992:** Die erste Klima-Debatte im Landtag – im Schatten von Honecker und Apartheid

10 E-Scooter: die umweltschonende Zukunft des Verkehrs? / Mehr als 30.000 Hektar sollen wieder Wildnis werden

11 Wie macht man Anwohnern die Windkraft schmackhaft? / Elektroautos und die Brandgefahr

12 Wohin mit dem AKW-Bauschutt? / Längere Garantie für Elektrogeräte?

Ausschüsse

13 „Grüne Woche“ / Fehmarnsundtunnel

14 Teilhabe und Integration: Anhörung im Innenausschuss

15 Medikamentenversuche und Kinderkuren: Das Leiden unter staatlicher Obhut

16 **Gedenkjahr 2020:** 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, 100 Jahre deutsch-dänische Grenze



Ein Darsteller wird geschminkt, bevor die „Amphibien“ im Landeshaus die Bühne eroberten. Das deutsch-dänische Theaterstück begeisterte die Zuschauer.

Plenarberichte

18 „Animal Hoarding“ wird zum Problem für Tierheime / Gleichstellung im öffentlichen Dienst kommt langsam voran

19 Gewalt an Schulen: Zahlen liegen vor / Mehrheit gegen Wahlen ab 16

20 Durchbruch beim Glücksspiel / Hilfe für die Schlei

21 Personalmangel im Justizvollzug / Bedrohte Tier- und Pflanzenarten

22 Nachtragshaushalt / mehr Rechte für Klinik-Patienten

23 **Die Seite für das Ehrenamt**

24 **Leichte Sprache:** Die Landes-Regierung will eine bessere Inklusion

25 **Personalien**

Politische Bildung

26 **„Dialog P“:** Schüler und Abgeordnete trafen sich in Neumünster



Stephan Holowaty (FDP, li.) und sechs Kollegen aus der Profi-Politik stellten sich den Fragen der Klaus-Groth-Schüler

27 **Hindenburg und Co.:** Antidemokraten auf Straßenschildern sorgen im ganzen Land für Diskussionen

28 **Veranstaltungen im Landtag:** Absagen wegen Coronavirus / Altenparlament / Weltmacht China

29 **Bücherecke** Schleswig-Holsteinische Politikgeschichte, 100 Jahre deutsch-dänische Grenze, die Kunst der freien Rede

30 **Im Porträt** Joschka Knuth (Grüne) und Claus Christian Claussen (CDU) persönlich

31 **Ins Bild gerückt** Zu Besuch im Landeshaus

32 **Termine, Termine, Termine**



Der Schnappschuss

Szenen aus dem antiken Griechenland auf der Bühne des Königlichen Theaters in Kopenhagen. Dort beging Dänemark Anfang Januar den Start des deutsch-dänischen Feierjahres 2020. **Mehr auf den Seiten 4, 16 und 29**

ZÄHLBARES

400

Windkraftanlagen gab es im Jahr 1992 in Schleswig-Holstein. Heute sind es 3.144 (Stand Ende 2019).

Mehr zum Energiestandort ab Seite 5

Politik rückt in der Corona-Krise zusammen – Hilfspaket beschlossen

Wegen des neuartigen Coronavirus ist das öffentliche Leben in Schleswig-Holstein stark eingeschränkt, und der Wirtschaft droht ein heftiger Schaden. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) bat in der März-Sitzung um Verständnis und Zusammenhalt. Das Parlament gab eine halbe Milliarde Euro frei, um strauchelnde Unternehmen zu stützen.

Die Corona-Krise sei eine „Herausforderung für uns als ganze Gesellschaft“, betonte Günther in einer Regierungserklärung: „Eine vergleichbare Situation hatten wir noch nie“. Das Virus habe Entscheidungen nötig gemacht, „die wir uns bis vor kurzem so nicht hätten vorstellen können“. Schulen, Unis, Kitas, Theater, Spielplätze, Restaurants und viele Läden bleiben zunächst geschlossen, und Schleswig-Holstein wird vorübergehend zum „Sperrgebiet“ für Touristen. „Wir schränken das öffentliche Leben so drastisch ein, um diejenigen zu schützen, die einer Risikogruppe angehören“, so Günther: „Uns ist klar, dass wir den Menschen viel abverlangen.“

Der Landtag beschloss ein 500 Millionen Euro schweres Nothilfepaket. Der Ende Februar eingereichte Nachtragshaushalt wurde aufgestockt (siehe auch S. 22). Damit sollen die Folgen für Betriebe und Beschäftigte gemildert werden. Die Landesmittel sollen das Hilfsprogramm des Bundes ergänzen. „Wir wollen den wirtschaftlichen Schaden begrenzen, auch wenn wir uns nichts vormachen sollten: Dieser wird gewaltig sein“, unterstrich FDP-Fraktionschef Christopher Vogt.

Dank der 2009 verankerten Schuldenbremse sei der Staat „voll handlungsfähig“ und könne „hohe Milliardenbeträge mobilisieren“, merkte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch an. Eka von Kalben, Grünen-Fraktionsvorsitzende, sprach von einem „Balance-Akt zwischen besonnenem Handeln und rechtzeitiger Reaktion“. Die Politik müsse jetzt „Leitlinien zum Schutz der Bevölkerung“ vorgeben.

Mit dem 500-Millionen-Programm wendet der Landtag erstmals einen Passus in der Landesverfassung an, der „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ eine Abkehr von den strengen Vorgaben

der Schuldenbremse ermöglicht. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Die Oppositionsparteien SPD und SSW hatten zuvor zugesagt, den Hilfskurs zu stützen und für die notwendigen 49 Stimmen im Parlament zu sorgen. Die neuen Schulden sollen innerhalb von zehn Jahren abgezahlt werden.

SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner stellte klar, dies sei „nicht die Stunde für die üblichen Rituale von Opposition und Regierung“. Und Lars Harms vom SSW betonte: „Wir stehen nach wie vor uneingeschränkt zur Schuldenbremse und wollen diese nicht ändern oder abschaffen.“ Auch die AfD stimmte für den Nachtrag. Fraktionschef Jörg Nobis hielt der Landesregierung zwar zugute, innerhalb Deutschlands „vorweggegangen“ zu sein. Insgesamt habe die Politik aber zu spät auf das Virus reagiert.

Eingeschränkter Parlamentsbetrieb

Das Coronavirus beeinträchtigt auch die Abläufe im Landtag. Die ursprünglich auf drei Tage ausgelegte Tagesordnung wurde auf wenige Kernthemen verkürzt. Knapp die Hälfte der Abgeordneten hielt sich die meiste Zeit außerhalb des Plenarsaals auf, um weitere Ansteckungen zu vermeiden. Nur 37 der 73 Parlamentarier saßen durchgehend im Saal. Zwischen ihnen blieb jeweils ein freier Platz als Sicherheitsabstand. Außerdem passte der Landtag seine Geschäftsordnung an. Das Parlament ist nun beschlussfähig, wenn mindestens elf Abgeordnete anwesend sind. Üblicherweise müssen es mehr als die Hälfte sein. So kann der Landtag auch zusammenkommen, falls viele Abgeordnete erkrankt sein sollten. Die Regelung gilt vorerst bis zum 31. Juli 2020.

Wortwörtlich

„Unser aller Beifall sollte den Heldinnen und Helden unserer Zeit gelten: den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegenden, insbesondere in unseren Krankenhäusern. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Apotheken, unseren Polizistinnen und Polizisten. Tagesmüttern, Erzieherinnen, allen, die im Moment Kinder betreuen. Kassiererinnen, die in unseren Lebensmittelgeschäften arbeiten. Allen Betrieben, allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die im Moment um ihre Existenz zittern. Sie alle stehen selbstverständlich für diejenigen, die sich im Moment gegenseitig helfen und diese Krise managen. Ihre Arbeit ist es, die mich fest daran glauben lässt, dass unser Land stärker aus dieser Krise herauskommt, als es in sie hineingekommen ist. Danke, dass es Sie alle gibt. Gemeinsam werden wir das schaffen.“



Ministerpräsident Daniel Günther am 18. März in seiner Regierungserklärung zur Corona-Pandemie. Anschließend erhoben sich die Abgeordneten, um den von Günther angesprochenen „Heldinnen und Helden“ Applaus zu spenden und zu danken.

Altersvorsorge vor dem Systemwechsel

Die Altersversorgung für Abgeordnete soll auf ein neues Modell umgestellt werden. Die Jamaika-Fraktionen haben sich gemeinsam mit SPD und SSW auf einen entsprechenden Gesetzentwurf verständigt. Er wurde Ende März an den Finanzausschuss überwiesen.

Demnach soll die Altersentschädigung auf der Basis der Grunddiät von derzeit 8.661 Euro berechnet werden. Sie soll ab dem 67. Lebensjahr an ehemalige Parlamentarier gezahlt werden, die mindestens ein Jahr lang im Landtag waren. Mit jedem Jahr der Mandatszeit steigt die Summe laut Gesetzentwurf um 1,5 Prozent der Grunddiät an. Der Höchstbetrag wird erst nach einer Mandatszeit von 40 Jahren erreicht. Er beträgt 60 Prozent der Grunddiät. Die Vorsorgebeiträge, die Abgeordnete bislang privat in eine Altersvorsorge stecken müssen, sollen künftig in der aktiven Mandatszeit jährlich in einen staatlichen Versorgungsfonds fließen.

Der Gesetzentwurf folgt den Empfehlungen einer unabhängigen Sachverständigenkommission. Das Gremium war vom Landtag im Juni 2018 eingesetzt worden, Mitte letzten Jahres übergab der Vorsitzende Volkmar Schön den Abschlussbericht an Parlamentspräsident Klaus Schlie. Darin kamen die Mitglieder des Gremiums einstimmig zu dem Ergebnis, dass das bisherige Modell mit privater Altersvorsorge nicht mehr geeignet sei, dauerhaft eine angemessene und krisenfeste Alterssicherung zu gewährleisten. Die Kommission schlug die Umstellung auf ein modifiziertes Pensionsmodell ab der kommenden Wahlperiode vor – das beinhaltet jetzt der Gesetzentwurf.

„Der Bericht der Sachverständigenkommission ist zu einem eindeutigen Ergebnis gekommen und hat konkrete Vorschläge für ein neues Modell für das Altersversorgungssystem für Abgeordnete gemacht“, sagte Landtagspräsident Schlie: „Ich freue mich, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den Empfehlungen der Kommission vollständig gefolgt wird.“ Nun könne rechtzeitig vor der nächsten Landtagswahl die Rechtsgrundlage für potentielle Bewerber auf ein Abgeordnetenmandat geschaffen werden, erklärte Schlie. Geplant ist, die parlamentarischen Beratungen bis zur Sommerpause abzuschließen. Derzeit bekommen die 73 Abgeordneten über die Grundentschädigung hinaus gut 1.800 Euro monatlich, die sie privat in eine Altersvorsorge investieren müssen.

**Mehr: Landtagszeitschriften
Nr. 03/2018 und 02/2019**

Neuer Vertreter der deutschen Minderheit in Kopenhagen



Zum Beginn des deutsch-dänischen Freundschaftsjahres 2020 hat sich ein Wechsel im Sekretariat der deutschen Minderheit in Kopenhagen vollzogen. Harro Hallmann (Mitte) vertritt seit 1. Januar die Interessen der deutschen Nordschleswiger bei der dänischen Regierung und beim Folketing. Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) war anlässlich des dänischen Festaktes zum Start des Jubiläumsjahres Anfang Januar nach Kopenhagen gereist und überreichte dem neuen Sekretariatsleiter als Gastgeschenk eine historische Landeskunde von Schleswig-Holstein. Rechts: der Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung, Bernd Fabritius.

Harro Hallmann ist Nachfolger von Jan Diedrichsen, der den Posten niedergelegt hat, um sich auf seine Aufgabe als Vertreter des Landtages bei der EU in Brüssel zu konzentrieren. Landtagspräsident Schlie nahm als Mitglied einer schleswig-holsteinischen Delegation am Festakt teil.

Landtag gedenkt der Opfer von Hanau



Der Landtag hat zum Auftakt seiner Sitzung am 20. Februar der Opfer der Gewalttat im hessischen Hanau am vorherigen Abend mit einer Schweigeminute gedacht. Ein 43-Jähriger hatte neun Menschen mit Migrationshintergrund, seine Mutter und sich selbst getötet. „Angesichts dieser Taten stehen wir fassungslos und tief erschüttert vor diesem Geschehen“, sagte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. „Unsere Gedanken sind bei den Ermordeten, den Verletzten und den Angehörigen.“

Eickhoff-Weber äußerte „große Sorge“ darüber, dass der „irrationale Hass“ in Teilen der Gesellschaft immer öfter in offene Gewalt umschlage: „Wir Demokratinnen und Demokraten stehen vereint gegen diesen Hass, diese Gewalt und ein politisches Klima, das Täter wie jenen von Hanau in seinem Entschluss möglicherweise bestärkt hat.“

Der lange Weg zum sauberen Strom

Der Energiestandort Schleswig-Holstein

- 37.400 Gigawattstunden (GWh) Strom wurden 2018 im Lande erzeugt. Davon stammten 22.600 GWh aus erneuerbaren Quellen. Das sind 60,3 Prozent der gesamten Stromproduktion. 27,7 Prozent stammten aus der Kernkraft, 11,2 Prozent aus fossilen Energieträgern.
- 14.700 GWh Strom wurden 2018 im Lande verbraucht. Allein die Erneuerbaren Energien decken also 150 Prozent des Stromverbrauchs im Lande ab. Der Norden ist damit einer der größten Stromexporteure in Deutschland. Allerdings wurden 2018 insgesamt 2.600 GWh nicht ins Netz gespeist – wegen mangelnder Stromtrassen.
- 3.144 Windanlagen mit einer Gesamtleistung von 6,45 Gigawatt (GW) gab es Ende 2019 im Lande. Ziel der Landesregierung ist eine Windleistung von 10 GW bis 2025.
- 46.000 Photovoltaikanlagen produzieren im Lande Strom aus Sonnenlicht. Die Leistung beträgt derzeit etwa 1,7 GW und soll bis 2025 auf 2,9 GW steigen. Weitere 0,46 GW Strom werden in Biogasanlagen erzeugt.
- 3.589 Kilowattstunden (kWh) Strom verbraucht ein schleswig-holsteinischer Haushalt durchschnittlich pro Jahr – und zahlt dafür etwa 1.130 Euro. Im Norden wird mehr Strom verbraucht als im deutschen Durchschnittshaushalt (3.381 kWh) – und auch die Preise liegen über dem Durchschnitt.
- 7.600 Menschen arbeiteten 2018 in Schleswig-Holstein in der Energie- und Wasserversorgung, davon 63 Prozent im Bereich Elektrizität.

(Quellen: SH Netz, Statistikamt Nord, Check 24, stromauskunft.de, Bundesverband Solarwirtschaft, EE.SH, Verivox)

Mehr Tempo bei Energie und Klima

Schleswig-Holstein soll in den kommenden Jahren den Klimaschutz intensivieren und gleichzeitig neue Impulse in der Energiepolitik setzen. Darüber herrschte Ende Januar breites Einvernehmen im Landtag. Über die richtigen Schritte auf diesem Weg gab es jedoch Differenzen – auch innerhalb der Jamaika-Koalition. Die AfD warnte als einzige Fraktion vor „Klima-Alarmismus“. Der Landtag stritt mehr als zwei Stunden über verschiedene Aspekte des Themas.



Intakte Moore speichern große Mengen CO₂. Werden sie aber entwässert, werden Klimagase freigesetzt. In Schleswig-Holstein sind von den 145.000 Hektar Moor etwa 130.000 Hektar entwässert. Sie emittieren nach Angaben des Umweltministeriums 2,3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr – das sind acht Prozent der Gesamtemissionen in Schleswig-Holstein. Wiedervernässung kann diesen Prozess umkehren.

Ein zentraler Punkt war der stockende Ausbau der Windkraft. Nach Angaben des Bundesverbands Windenergie wurden in Schleswig-Holstein im Jahr 2019 lediglich elf neue Anlagen errichtet. Jamaika fahre die Windenergie an die Wand, warf SPD-Fraktionschef Ralf Stegner der Koalition vor. Der derzeitige Ausbaustopp der Landesregierung sei ein „grandioses Jobvernichtungsprogramm bei einer Zukunftstechnologie“. Sein CDU-Gegenüber Tobias Koch

verwies dagegen auf 70 Ausnahmegenehmigungen trotz des Moratoriums, das nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig 2015 erlassen wurde. Er sehe „gute Chancen“, dass das Moratorium „im Laufe dieses Jahres“ beendet werde, damit der Wind-Ausbau weitergehen könne. Vor mehr Windanlagen „ohne Rücksicht auf die Anwohner“ und zulasten der ohnehin „arg gebeutelten Stromkunden“ warnte Jörg Nobis (AfD).

Kein „Klima“ in der Landesverfassung

Gescheitert ist ein SPD-Vorstoß, „insbesondere das Klima“ unter den Schutz der Landesverfassung zu stellen. Dort seien schon „die natürlichen Grundlagen des Lebens“ verankert, hieß es bei CDU und FDP. Diese Formulierung verpflichte Land und Kommunen bereits zum Klimaschutz. Oliver Kumbartzky (FDP) betonte: „Es bringt dem Klima nichts, Klimaschutz extra in die Landesverfassung zu schreiben. Es wäre reine Symbolik.“ Neben der AfD stimmten auch die Grünen aus Koalitionstreue gegen den Vorstoß. Der SSW enthielt sich. Für eine Änderung der Landesverfassung wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag notwendig gewesen.

Eine solche Verfassungsergänzung wäre angemessen, sagte dagegen SPD-Mann Stegner. Denn der Klimaschutz werde „für unzählige landespolitische Entscheidungen in den kommenden Jahren Dreh- und Angelpunkt sein“. Er verwies darauf, dass sich die Hamburger CDU für einen entsprechenden Passus in der dortigen Verfassung einsetze. Und auch Eka von Kalben (Grüne) reagierte enttäuscht auf das schwarz-gelbe Nein: „Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne uns die Verankerung als Staatsziel auch gewünscht haben. Ich finde es nach wie vor sehr bedauerlich, dass wir dafür in Jamaika keine Mehrheit gefunden haben.“



Tobias Koch (CDU): Windkraft wird ausgebaut



Thomas Hölck (SPD): Jamaika ist mutlos



Eka von Kalben (Grüne): Verfassungsrang wäre notwendig

aber kein Tempolimit

Schwarz-Gelb und AfD gegen Tempolimit

Auch ein SSW-Antrag für mehr Klimaschutz im Straßenverkehr stieß auf Ablehnung. Ziele waren ein Tempolimit von 130 km/h auf der Autobahn, ein Überholverbot für Lkw und Obergrenzen für den Benzinverbrauch von Pkw. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung sei eine „ganz einfache und kostengünstige“ Maßnahme, so Lars Harms (SSW): Ein langsames Auto verbrauche „einfach weniger Benzin“. Gegen „Aktionismus“ und „Verbotsdebatten“ wandte sich dagegen CDU-Vertreter Koch. Ein Tempolimit spare nur 0,2 Prozent der deutschen Klima-Emissionen ein – und das auch nur, wenn auf den Autobahnen Tempo 120 gelte. Grünen-Fraktionschefin von Kalben sagte hingegen: „Mir ist es ein völliges Rätsel, wie man dagegen sein kann.“

Auch die weiteren SSW-Vorschläge stießen auf Kritik. Eine Begrenzung des Kraftstoffverbrauchs sei gar nicht mehr nötig, so CDU-Fraktionschef Koch, denn die EU habe bereits strenge CO₂-Grenzwerte eingeführt: „Für das Klima ist nicht entscheidend, was vorne in den Tank reinkommt, sondern was hinten aus dem Auspuff rauskommt.“ Ein Lkw-Überholverbot war für FDP-Mann Kumbartzky „unverhältnismäßig“. Auch Volker Schnurrbusch (AfD) lehnte das Verkehrspaket des SSW ab. Die Pläne seien „vor allem eines: eine Beschneidung der Marktwirtschaft und eine Gängelung des Bürgers“. Der Umwelt- und Agrarausschuss berät das Thema weiter.



Ein generelles Tempolimit auf Schleswig-Holsteins Autobahnen wird es bis auf weiteres nicht geben. Aber auf 356 der 545 Autobahnkilometer im Lande gilt bereits eine Höchstgeschwindigkeit.

Moore und Wälder sollen helfen

Jamaika setzt beim Klimaschutz auf Moore und Wälder, denn dort wird das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) gebunden. Neun Prozent der Landesfläche seien ehemalige Mooregebiete. Würden diese Flächen wieder unter Wasser gesetzt, könnten tausende Tonnen CO₂ eingespart werden. Zudem soll der Norden aufgeforstet werden. Schleswig-Holstein ist mit elf Prozent Waldanteil das Schlusslicht unter den Flächenländern. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) verwies auf das bereits laufende Moorschutzprogramm, das ein „immens wichtiger Beitrag“ zum Klimaschutz sei. Bis zu 400.000 Tonnen CO₂ könnten auf Flächen der Stiftung Naturschutz gebunden werden. Hinzu kämen bis zu 300.000 Tonnen, die über die Vergabe von „Vernässungsrechten“ erreicht werden sollen. Die Wiedervernässung der Moore stehe nicht im Widerspruch zur landwirtschaftlichen Nutzung, betonte die Grüne von Kalben. Der Jamaika-Antrag wurde einstimmig angenommen.

SPD fordert klimafreundliche Wärme

Auch die Wärmeversorgung müsse klimafreundlicher werden, mahnte die SPD. Sie gab das Ziel aus, in zehn Jahren mindestens 25 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Zurzeit sind es 14 Prozent. Die Landesregierung will den Anteil bis 2025 auf 22 Prozent steigern. Und: Mindestens 44 Terrawattstunden (TWh) Strom sollen bis 2030 nach Willen der SPD regenerativ produziert werden. Derzeit sind es 22 TWh, Jamaika peilt 27 TWh bis 2025 an. Der FDP-Abgeordnete Kumbartzky bezeichnete den SPD-Antrag als „komplett wirkungslos“. Die Rahmenbedingungen der Energiepolitik würden beim Bund gesetzt – und da verweigere die GroKo mit sozialdemokratischer Beteiligung „den großen Wurf“. Dieses Nein nannte Thomas Hölck (SPD) wiederum „mutlos“ und „schwach“. Jamaika falle weit hinter die Ziele der SPD-geführten Vorgängerregierung zurück. Der Umwelt- und Agrarausschuss berät das SPD-Papier weiter.



Lars Harms (SSW): Tempolimit macht Sinn



Jörg Nobis (AfD): Stromkunden werden büßen



Oliver Kumbartzky (FDP): Berlin muss handeln

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Der Klimaschutz ist schon seit langem auf der Agenda – aber er stand oft auch im Schatten der Tagesaktualität.

1992:

Klima-Debatte zwischen Honecker und dem Ende der Apartheid

„Die Menschheit führt ungewollt ein weltweites Experiment durch, das in seinen schlimmsten Konsequenzen nur von einem globalen Atomkrieg übertroffen werden könnte. Die Erdatmosphäre wird in beispielloser Geschwindigkeit von Schadstoffen verändert, die durch menschliche Aktivitäten, durch den ineffizienten und verschwenderischen Einsatz fossiler Energien und durch die Folgen eines raschen Bevölkerungswachstums in vielen Regionen entstehen.“

Was klingt, wie ein Statement der Fridays-for-Future-Bewegung, ist mehr als 30 Jahre alt. Die Warnung stammt aus dem Schlusskommuniqué der ersten Weltklimakonferenz im Juni 1988 in Toronto. Die aufrüttelnden Worte der 300 Wissenschaftler, Umweltschützer und Politiker, die sich vier Tage lang in der kanadischen Metropole getroffen hatten, fanden weltweiten Widerhall – und mündeten in politische Debatten. Allerdings wurde das Klima-Thema in den folgenden Jahren oft von der Tagesaktualität überlagert.

Am 19. Oktober 1989 setzte der Landtag eine Enquete-Kommission ein, um grundsätzliche Erkenntnisse zusammenzutragen und Empfehlungen für die „zukünftige Energieversorgung in Schleswig-Holstein“ zu erarbeiten. Ein Anlass war die „absehbare Überwärmung der Erdatmosphäre“. Die Augen der Öffentlichkeit richteten sich damals jedoch auf ein anderes Thema: Einen Tag zuvor war DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker zurückgetreten, die friedliche Revolution in Ostdeutschland war in vollem Gange.



Windkraft-Skeptiker: Klaus Kribben (CDU)

Die zehnköpfige Energie-Kommission, in der Abgeordnete, Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten saßen, tagte mehr als zwei Jahre und präsentierte Anfang 1992 ihren 388 Seiten starken Abschlussbericht. Die Kernpunkte: Industrie und Privathaushalte wurden zum Energiesparen aufgerufen, und die Rolle regenerativer Energien, vor allem der Windkraft, wurde betont. Wärme sollte verstärkt mit Gas und weniger mit Kohle und Öl erzeugt werden. Energie sollte allgemein teurer werden, und der motorisierte Verkehr sollte, wo es geht, vermieden werden.

Raus aus Atom und Kohle – geht das gleichzeitig?

Der Landtag debattierte am 23. Januar 1992 mehrere Stunden über das Papier. Die energie- und klimapolitische Grundsatzzdebatte war bereits überschattet von der bevorstehenden Landtagswahl am 5. April. Damals gab es eine absolute SPD-Mehrheit, die Opposition bestand aus CDU und SSW.

In einem Punkt herrschte breite Einigkeit im Plenum: Der Klimawandel ist eine große Gefahr. „Angesichts der bedrohlichen Auswirkungen auf unser Klima tritt das Ziel einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden Energieversorgung und einer sparsamen Energienutzung gegenüber anderen Zielen immer stärker in den Vordergrund“, betonte der Kommissionsvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Klaus Haller. „Es ist unstrittig, dass wir Menschen mit unserer Art des Energieverbrauchs und dem daraus abgeleiteten Schadstoffausstoß Einfluss auf das Klima ausüben“, sagte auch Energieminister Günther Jansen (SPD). Jansen und die SPD-Landesregierung von Ministerpräsident Björn Engholm setzten darauf, den Verbrauch von Kohle und Öl herunterzufahren – und gleichzeitig den Atomausstieg voranzutreiben. Es gehe darum, das „Klimarisiko“ und das „atomare Risiko“ gleichermaßen auszuschalten, so Jansen.



Klimaschutz 1990: Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl installiert die ersten Energiesparlampen im Landeshaus. Sozial- und Energieminister Günther Jansen (SPD) hält die Leiter.

An dieser Stelle ging CDU-Oppositionsführer Klaus Kribben auf Gegenkurs: „Die Kernenergie ist eine zurzeit nicht verzichtbare Übergangsenergie“, sagte Kribben: „Es ist kein Raum, ein einziges Kernkraftwerk vom Netz zu nehmen.“ Der Sozialdemokrat Jürgen Hinz fragte Kribben daraufhin, ob dieser „denn nun drei weitere Atomkraftwerke bauen will, um in Schleswig-Holstein tatsächlich eine CO₂-Minimierung zu bewerkstelligen“. Im Lande waren zu diesem Zeitpunkt die Meiler in Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel am Netz.

Große Skepsis beim Thema Windenergie

Letztlich wurde im Norden der Atom-Anteil an der Stromproduktion drastisch reduziert – und zwar 2007, als Krümmel und Brunsbüttel nach einer Pannenserie heruntergefahren wurden. Brunsbüttel ist seitdem komplett vom Netz, Krümmel lieferte nur noch für zwei Monate im Jahr 2009 Strom. Brokdorf soll Ende 2021 folgen. Die Stromproduktion im Lande knickte zwischenzeitlich ein, übersteigt inzwischen aber den Wert des Jahres 2006, als noch alle drei Kernkraftwerke in Betrieb waren.

Auch beim Thema Windenergie gingen die Meinungen auseinander. „Trotz aller Anstrengungen und trotz der massiven Förderung der regenerativen Energien werden diese nur einen begrenzten Beitrag zur Energieversorgung leisten können“, befand CDU-Fraktionschef Kribben: „Sie können fossile Energien und die Kernenergie zumindest zurzeit und in den nächsten 20 bis 30 Jahren eben nicht ersetzen.“

Die Kritik an den staatlichen Zuschüssen für die Windkraft rief Karl Otto Meyer (SSW) auf den Plan: „Ich darf in diesem Zusammenhang an die in der Vergangenheit erhebliche öffentliche Förderung der Forschung und Entwicklung der Atomenergie durch Steuergelder aufmerksam machen“, so das Urgestein der dänischen Minderheit: „Im Vergleich dazu ist die Förderung alternativer Energien bis heute ein Hohn und der Verweis auf den angeblich billigen Atomstrom reine Volksverdummung.“ Der Sozialdemokrat Jansen unterstrich: „Für das Land zwischen den Meeren als Starkwindgebiet ist die Windenergie die interessanteste und leistungsfähigste Quelle für regenerative Energie.“

Damals produzierten 400 Windräder zwischen Nord- und Ostsee etwa 550 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr. Die Enquete-Kommission gab eine vorsichtige Prognose ab: „Trotz der niedrigen Energiepreise könnte sich der Beitrag der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein von ca. 3.200 Terrajoule (TJ) im Jahre 1989 auf 4.900 TJ im Jahre 2000 und 5.850 TJ im Jahre 2010 erhöhen“, heißt es in dem Abschlussbericht. „Dies entspricht zwar knapp einer Verdoppelung, bleibt aber absolut gesehen ein kleiner Beitrag.“ Die Kommission ging davon aus, dass 2010 immer noch 68 Prozent des schleswig-holsteinischen Stroms in Kernkraftwerken erzeugt würde – und nur gut acht Prozent über Windanlagen. Tatsächlich steigerte sich die Windleistung im Lande in diesem Zeitraum um das Zwanzigfache, und die Windkraft hatte im Jahr 2009 bereits einen Anteil von 21 Prozent an der gesamten Stromerzeugung. Heute sind es mehr als 60 Prozent.

Die Klimabilanz war besser als erwartet

Wenn Schleswig-Holstein gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteige, dann wäre das Land auch kein Energie-Exporteur mehr, merkte CDU-Fraktionschef Kribben an. Dies könne bei den Hauptabnehmern, den Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen, für Unmut sorgen. „Wollen Sie den Hamburgern einseitig den Strom abknipsen?“, fragte Kribben die Landesregierung. „Hamburg weiß, dass wir auf dieser Basis unsere Schularbeiten machen, und Hamburg hat seine eigenen Schularbeiten zu machen“, erwiderte Minister Jansen. Die Sorge um Schleswig-Holsteins Stromausfuhr erwies sich als unbegründet. Heute liefert der hohe Norden mehr als das Doppelte seines eigenen Bedarfs in andere Teile der Republik (siehe S. 5).

Welchen Effekt hatte die energiepolitische Wende nun auf die Klimabilanz? Die Enquete-Kommission ging davon aus, dass Schleswig-Holstein seine CO₂-Emissionen bis 2010 um fünf Prozent herunterfahren könnte. Die Landesregierung rechnete optimistischer und sprach von zwölf Prozent. Weder das eine noch das andere, gestand Minister Jansen, werde ausreichen, „um das Klimaproblem zu lösen“. Auch in diesem Punkt ging die Entwicklung weit über die Voraussagen der frühen 1990er-Jahre hinaus.



Windkraft-Anhänger: Karl Otto Meyer (SSW)

Der schleswig-holsteinische CO₂-Ausstoß sank zwischen 1990 und 2017 von 26,7 Millionen Tonnen auf 19,3 Millionen Tonnen. Das entspricht einem Minus von 27,6 Prozent.

Nach der Energie- und Klimadebatte standen am 23. Januar 1992 wieder andere Themen im Blickpunkt. Das ganz große Interesse galt erneut einer welthistorischen Wende: Einen Tag nach der Kieler Klima-Debatte kündigte der südafrikanische Staatspräsident Frederik Willem de Klerk die Beteiligung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit an einer Übergangsregierung an – und läutete am Kap das Ende der Apartheid ein.



Kommissionsvorsitzender: Klaus Haller (CDU)

E-Scooter: zwischen Zukunftsmodell und Gefahrenquelle

Platzsparende und umweltfreundliche Alternative oder Verkehrshindernis? An Elektrokleinstfahrzeugen (EKF) wie E-Scootern schied sich im Januar die Geister. Fest steht: Die Fahrzeuge sind zugelassen – Verkehrsteilnehmer und Städte müssen sich umgewöhnen.

Die Jamaika-Koalition sieht in den E-Tretrollern eine Chance für einen umweltschonenderen Verkehr. CDU, Grüne und FDP rufen die Landesregierung auf, für sichere Abstellmöglichkeiten zu sorgen, die Mitnahme in Bussen und Zügen zu ermöglichen und das Thema in die Verkehrserziehung an den Schulen aufzunehmen. SPD, SSW und AfD waren skeptischer.

„Wer etwas gegen Staus in den Städten tun will, muss diese intelligenten, neuen Mobilitätsformen integrieren“, forderte Andreas Tietze (Grüne). Die EKF bräuchten nur einen Quadratmeter Stellfläche – bei einem Auto seien es zehn bis 15 Mal so viel. Zudem benötigten sie ein Fünfzigstel der Energie, die ein Auto verbraucht. Die Hälfte aller Autofahrten führe über weniger als fünf Kilometer, und

auf Kurzstrecken seien EKF viel sinnvoller. „Wir brauchen eine andere Aufteilung des öffentlichen Raums“, folgerte Tietze.

Die Bilanz der Roller sei „ernüchternd“, merkte hingegen Kai Vogel (SPD) an. In der Hamburger Innenstadt sei es beispielsweise noch enger geworden – dort herrsche inzwischen „Chaos pur“. Die E-Minis seien als Ersatz für das Auto gedacht gewesen, „doch das hat überhaupt nicht geklappt“, so Vogel. Die EKF würden aus

„Spaß“ für Fahrten genutzt, die auch zu Fuß oder per ÖPNV erledigt werden könnten. Die Folge: mehr statt weniger Verkehr.

Die Menschen sollten ihre „Freiheit genießen“ können, mahnte Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP). Gleichzeitig rief er EKF-Nutzer auf: „Bitte geht damit verantwortungsvoll um.“ Am Ende wurde der Jamaika-Antrag mit großer Mehrheit angenommen, nur die SPD enthielt sich.



In vielen großen Städten stehen E-Scooter als Leihfahrzeuge zur Verfügung. Sie dürfen auf Straßen und Radwegen, jedoch nicht auf Gehwegen fahren. Ein Führerschein ist nicht erforderlich, das Mindestalter beträgt 14 Jahre. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 20 km/h.

Zurück zur Natur: Das Land will mehr „Wildnis“ schaffen

Etwa zwei Prozent der Landesfläche sind für die Windkraft reserviert – und weitere zwei Prozent sollen wieder „Wildnis“ werden, als Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen. Wie schwierig das wird, geht aus einem Bericht des Umweltministeriums hervor, der im Januar Thema im Landtag war.

In Schleswig-Holstein geht es um 32.000 Hektar. Es wird aber lange dauern, bis dieses Ziel erreicht ist, denn echte „Wildnis“ ist im Lande derzeit laut Bericht „nicht mehr vorhanden“. War im 19. Jahrhundert noch etwa ein Drittel der Fläche „nutzungsfrei“,

so gibt es heute kaum einen Fleck in der Landschaft, der nicht vom Menschen geprägt ist. Damit ein Gebiet „Wildnis“ werden kann, ist eigentlich eine Mindestgröße von 500 Hektar nötig. Zusammenhängende Flächen dieser Größe gebe es jedoch wegen der dichten Bebauung nicht.

Das zuständige Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) in Flintbek bei Kiel beschränkt sich deswegen auf eine Mindestgröße von 20 Hektar. In diesen Gebieten soll es keine asphaltierten Straßen, keine Land- und Forstwirtschaft, keinen Hochwasserschutz sowie möglichst keine Jagd und keine Fischerei geben. Wandern, Reiten und Radfahren sollen erlaubt sein, jedoch keine Mountainbikes und keine Motorboote. Das LLUR hat 159 Gebiete im Lande mit einer Fläche von knapp 25.000 Hektar identifiziert, die „wildnisgeeignet“ sind.

Ein Großteil sind Moore und Wälder, hinzu kommen Teile des Nationalparks Wattenmeer. Zunächst sollen neun Modellregionen ausgewiesen werden.

„In fast jeder Gemeinde gibt es Brachflächen, die durch Schaffung neuer Lebensräume ökologisch aufgewertet werden könnten“, regte Heiner Rickers (CDU) weitere Initiativen vor Ort an. Lars Harms (SSW) rief das Ministerium auf, in den betroffenen Regionen für Verständnis zu werben: „Ich kann mir gut vorstellen, dass in der Bevölkerung die Frage nach der Notwendigkeit und der Umsetzbarkeit auftaucht.“ Skepsis gegenüber dem Wildnis-Konzept äußerte Volker Schnurrbusch (AfD): „Wirkliche Wildnis finden Sie vielleicht noch auf Borneo oder in Papua-Neuguinea, aber bestimmt nicht in Schleswig-Holstein.“

Mehr Akzeptanz für Windkraft durch Mitsprache und Geldsegen?

Finanzielle Anreize für Bürger, Steuervorteile für Kommunen, frühzeitige Informationen: Der Landtag debattierte im Februar, wie Bürger umzustimmen sind, die keine Windräder in der Nähe ihres Gartenzauns sehen wollen. Eine große Mehrheit unterstützte im Grundsatz solche Pläne. Umstritten blieb, ob gesetzliche Vorgaben oder Freiwilligkeit eher zum Ziel führen, und ob das Land oder der Bund voranzumarschieren sollten. Nur die AfD sprach sich prinzipiell gegen solche Modelle aus.

Die SPD hatte die Debatte angestoßen. Es gehe nicht darum, die Zustimmung der Bürger zu „erkaufen“, sondern um „Verteilungsgerechtigkeit“, betonte der Abgeordnete Thomas Hölck. Er forderte „verbindliche Regeln im Land“, um die Kommunen, „also die Allgemeinheit“, verpflichtend an den Gewinnen der Investoren zu beteiligen. Lars Harms (SSW) betonte, der „klassische Bürgerwindpark“ sei für ihn „der optimale Windpark“. 90 Prozent der Anlagen in Nordfriesland seien in Bürgerhand, und „die freuen sich über

jede Drehung, die da stattfindet, denn jede Drehung hinterlässt auch bei den Bürgerinnen und Bürgern Einkommen“. Andreas Hein (CDU) hatte hingegen „rechtliche Bedenken“ gegen eine Beteiligungspflicht und setzte stattdessen auf „eine frühzeitige Information“ der Anwohner und der Kommunen. Er rief Berlin auf, eine „bundesweite Akzeptanzkampagne“ zu starten. Statt einer Pflichtvorgabe für Wind-Unternehmen sprach sich auch Bernd Voß (Grüne) für die „freiwillige Beteiligung“ aus: „Ich warne allerdings davor, Erwartungen zu

wecken, dass es morgen Geld cash gibt, wenn Anlagen für erneuerbare Energien in Sichtweite entstehen.“ Der Bund müsse deutschlandweit geltende Rahmenbedingungen schaffen, mahnte Oliver Kumbartzky (FDP). So sei es denkbar, Teile der Gewerbesteuer vom Sitz des Betreibers zum Standort der Windanlagen umzuleiten und damit die kommunalen Kassen zu füllen. Für Energiewendeminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) liegt „die wahre Akzeptanzfrage“ darin, dass immer noch Windstrom abgeriegelt wird, weil es nicht genügend Netze gibt. Der Bund müsse einen „Ausbaupfad“ festlegen. Jörg Nobis (AfD) lehnte die Pläne für eine finanzielle Beteiligung ab: „Die Antwort der Bürger ist schon heute klar: Sie wollen sich ihre Gesundheit, ihre Lebensqualität und ihre Heimat nicht abkaufen lassen.“



Die Windenergie ist im Lande umstritten – das zeigen auch die Demonstrationen vor dem Landeshaus. Ende Februar übergaben Befürworter mehr als 150.000 Unterschriften an Ministerpräsident Daniel Günther (CDU, li.) und Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Im April 2018 hatte das Bündnis „Gegenwind“ Skeptiker aus ganz Schleswig-Holstein mobilisiert.

Feuergefahr – Streit um E-Autos

Geht eine besondere Brandgefahr von Elektroautos aus? Die AfD warnte im Februar vor technischen Defekten in den Akkus der E-Mobile und forderte eine Verschärfung der Garagenverordnung. Panikmache, hieß es dazu bei allen anderen Rednern.

In den Batteriezellen der E-Autos herrsche Hochspannung, und ein Feuer könne sich immer wieder neu entzünden, auch wenn das Fahrzeug bereits gelöscht sei, so Volker Schnurrbusch (AfD). Es habe bereits mehrere derartige Vorfälle mit erheblichem Sachschaden gegeben. Deswegen dürften Ladestationen für Elektroautos in Tiefgaragen und Parkhäusern „nur in brandschutztechnisch abgetrennten Bereichen installiert werden“. Die Zulassungsregeln für Autos hätten bereits „das zu erfüllende Sicherheitsniveau“, entgegnete Hans Hinrich

Neve (CDU). Und auch besondere Anforderungen im Baurecht seien „nach derzeitigem Kenntnisstand von Forschung, Feuerwehr und Bauministerkonferenz nicht erforderlich“. Neves Schlussfolgerung: „Wer bei akkubetriebenen Fahrzeugen derartige Bedenken hat, sollte sich unverzüglich von seinem Smartphone und seinem I-Pad trennen.“ Der Antrag sei Teil eines „Kreuzzuges der AfD gegen die Elektromobilität“, argwöhnte Beate Raudies (SPD). Der Vorstoß wurde schließlich von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

AKW-Abbau: Wohin mit den Überresten?

Bauschutt und Abfall aus Atomkraftwerken gilt oft als nur schwach radioaktiv – doch viele Menschen möchten nicht, dass diese Stoffe in ihrer Nähe gelagert werden. CDU, Grüne und FDP appellieren an die Verantwortung der Kommunen, die entsprechende Deponien haben. Die Debatte über dieses Thema war für die März-Sitzung geplant und wurde wegen des Coronavirus auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Der 2011 nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima beschlossene Atomausstieg betrifft auch die drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke. Brunsbüttel und Krümmel sind bereits seit mehr als zehn Jahren vom Netz, Brokdorf soll 2021 folgen. Die Anlagen sollen abgebaut werden, und dabei fällt tonnenweise radioaktives Material an. Die hochradioaktiven Überreste sollen in einem bundesweiten Endlager landen, dessen Standort noch nicht feststeht. Die „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ soll bis 2031 einen Vorschlag erarbeiten.

Daneben gibt es aber auch schwach radioaktives Material, zum Beispiel Dämmwolle, Bauschutt oder auch Wasserhähne und Lichtschalter. Im AKW Brunsbüttel fallen nach Angaben des Energiewendeministeriums etwa zehn Lkw-Ladungen dieses Materials pro Jahr an, und das voraussichtlich für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Dieser Abfall soll auf normalen Mülldeponien landen. Die Jamaika-Fraktionen mahnen nun eine rasche Lösung für diese „freigegebenen“ Abfälle an, deren Strahlung „zu vernachlässigen“ sei. CDU, Grüne und FDP wenden sich an die Kommunen, die als Lager für die Stoffe in Frage kommen. Sie müssten „eine freiwillige Mitverantwortung für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Atomausstiegs übernehmen“.

Vier Standorte im Norden sind im Gespräch

Das Energiewendeministerium hat im vergangenen September vier Deponien als potenzielle Lager ausgemacht: Wiershoop (Kreis Herzogtum Lauenburg), Lübeck-Niemark, Johannistal (Kreis Ostholstein) und Harrislee (Kreis Schleswig-Flensburg). Noch ist offen, wie viele der möglichen Standorte tatsächlich ausgewählt werden. Der Gemeinderat von Wiershoop hat sich Ende Februar bereit erklärt, AKW-Müll aus dem benachbarten Kernkraftwerk Krümmel aufzunehmen.

Andernorts regt sich jedoch Widerstand. Ende November hat die Lübecker Bürgerschaft beschlossen, dass AKW-Bauschutt nicht auf die dortige Deponie Niemark kommen soll. In Harrislee hat sich eine Bürgerinitiative formiert. Kritiker befürchten, dass auch schwach radioaktive Stoffe gesundheitsschädlich sein könnten. Zudem wird vor einem Imageschaden für die Region gewarnt. Der Wert von Immobilien könnte sinken, und Touristen könnten abgeschreckt werden. Die Jamaika-Fraktionen betonen, dass auch zwangsmäßige „Zuweisungen“ durch das Land „erforderlich“ und „angemessen“ sein könnten, falls sich die Atomkonzerne und die Deponiebetreiber nicht einigen sollten. Die Landesregierung schlägt vor, die Deponien mit „doppelten Böden“ auszustatten, damit keine Radioaktivität in den Boden und in das Grundwasser einsickern kann.



Das AKW Brunsbüttel: Die Genehmigung zum Abriss liegt vor, in den 2030er-Jahren soll dort wieder eine grüne Wiese sein.

Längere Garantie für Elektrogeräte

Die SPD will die Gewährleistungsfrist für Elektroartikel von zwei auf fünf Jahre ausdehnen und so den Umweltschutz und die Verbraucherrechte stärken.

„Teilweise sind Elektrogeräte so gebaut, dass sie kurz nach Ablauf der Gewährleistungsfrist kaputtgehen“, sagte die SPD-Abgeordnete Kerstin Metzner Anfang März: „Das zwingt Konsumentinnen und Konsumenten

zum Neukauf eines Geräts. Eine Verlängerung der Gewährleistungsfrist stellt sicher, dass die Unternehmen ein Interesse daran haben müssen, ihre Produkte nachhaltiger zu gestalten.“ Dafür soll die Landesregierung mit einer Bundesratsinitiative die Weichen stellen. Die Sozialdemokraten drängen zudem darauf, dass die Beweislastumkehr für die Mängelfreiheit von sechs Monaten auf zwei Jahre ausgedehnt wird. Derzeit

muss ein Händler bei einer Beschwerde nur innerhalb des ersten halben Jahres nach dem Kauf beweisen, dass die Ware frei von Mängeln war. Danach muss der Kunde selbst nachweisen, dass das Gerät bereits beim Kauf beschädigt war.

Die Debatte wurde wegen des Coronavirus von der März-Tagung auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.



Blick in die Zukunft:
So könnte es aussehen,
wenn der 1,7 Kilometer
lange Tunnel unter dem
Fehmarnsund fertig ist.

Fehmarn: Sundtunnel kommt, Brücke bleibt

Die Insel Fehmarn und die Region Ostholstein standen zuletzt mehrfach auf der Tagesordnung der Landtagsausschüsse. So befasste sich der Wirtschaftsausschuss Mitte Januar mit der geplanten neuen Fehmarnsundquerung.

Am Sund herrscht Handlungsbedarf, denn die 1963 gebaute Brücke droht zum Nadelöhr zu werden. Wenn die Beltquerung zur dänischen Insel Lolland fertig ist, werden wohl deutlich mehr Autos über die Insel zum Festland rollen. Bernd Homfeldt von der DB Netz AG präsent-

tierte den Abgeordneten vier Varianten für eine neue Sundquerung: einen Bohrtunnel, einen Absenktunnel, eine Vergrößerung der bestehenden Brücke sowie den Bau einer neuen Brücke. Anfang März fiel die Entscheidung. Bahn, Bund und Land verständigten sich auf

einen Absenktunnel mit vier Fahrstreifen und zwei Eisenbahngleisen. Die Kosten werden auf 714 Millionen Euro veranschlagt. Das Bauwerk soll 2028 fertig sein, wenn auch die Beltquerung betriebsbereit sein soll. Die neue Sundquerung sei „eine der zentralen Schlüsselstellen beim Ausbau dieser eminent wichtigen transeuropäischen Verkehrsachse“, sagte der FDP-Abgeordnete Jörg Hansen. Zufriedenheit herrschte im Landtag darüber, dass die Fehmarnsundbrücke, ein Wahrzeichen der Region, erhalten bleibt: als Route für Fußgänger, Radfahrer und langsamen Straßenverkehr.

„Grüne Woche“ im Zeichen von Demonstrationen und Protesten

Die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin war im Januar nicht nur eine Leistungsschau der Landwirtschaft, sondern auch Kulisse für politischen Zwist. Bauern und Demonstranten stritten über die Zukunft der Ernährungswirtschaft. Wie jedes Jahr reiste eine Landtagsdelegation an und traf sich mit Ausstellern aus Schleswig-Holstein.

Für Oliver Kumbartzky, Vorsitzender des Umwelt- und Agrarausschusses, ist der Messebesuch „ein Pflichttermin im positiven Sinne“. Man treffe Unternehmer und Akteure aus dem Norden und komme ins Gespräch. „Schleswig-Holstein zeigt sich in Berlin von seiner allerbesten Seite“, so Kumbartzky: „Die ‚Grüne Woche‘ ist auch immer eine gute Werbung für unser Land.“ Gleichzeitig zogen rund 20.000 Demonstranten unter dem Motto „Wir haben es satt“ durch das Berliner Regierungsviertel und machten sich für eine Agrarwende und mehr Tierschutz stark. Bundesweit gingen

tausende Bauern auf Gegenkurs und protestierten gegen das Agrarpaket der Bundesregierung, das aus ihrer Sicht restriktiv und unwirtschaftlich ist. Im Lande fuhrn 800 Traktor durch Kiel und 600 durch Heide. Als agrarpolitischer Sprecher seiner FDP-Fraktion warnte Kumbartzky vor einer Pauschalkritik an dem Berufsstand: Landwirte würden zunehmend an den Pranger

gestellt – „und das häufig von Menschen, die noch nie einen Stall von innen gesehen, geschweige denn mit einem Landwirt gesprochen haben“. Die SPD-Agrarpolitikerin Kirsten Eickhoff-Weber sah „gesteigerte Anforderungen“ der Verbraucher und zugleich eine „Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Erwartung, tatsächlichem Kaufverhalten und der Realität auf den Höfen“.



Die Ausschussmitglieder, begleitet von Landtagspräsident Klaus Schlie (Mitte), informierten sich in der „Schleswig-Holstein-Halle“ über das Angebot aus Landwirtschaft, Tourismus und Gastronomie. Auf 1.500 Quadratmetern präsentierten sich rund 70 Firmen und Organisationen aus dem Lande.

Integrationsgesetz für Teilhabe und gegen „verschlossene Türen“

Die Integration von Zuwanderern ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und setzt zugleich die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund voraus, sich in die deutsche Gesellschaft einzufinden – so besagt es der Entwurf eines „Gesetzes zur Integration und Teilhabe“, den die Jamaika-Fraktionen im vergangenen August vorgelegt haben. Ende Februar lud der Innen- und Rechtsausschuss Betroffene und Experten zu einer ganztägigen Anhörung.

In ihrem Entwurf geben CDU, Grüne und FDP Ziele aus wie die Sprachförderung, den Zugang zu Schule, Ausbildung und Arbeit sowie die Einbindung in demokratische Strukturen. Das Land wird verpflichtet, Rassismus und ethnischer Diskriminierung entgegenzutreten. Die Opposition hatte den Vorstoß in der ersten Lesung als wenig konkrete „Symbolpolitik“ kritisiert, und auch in der Anhörung wurde eine höhere „Verbindlichkeit“ angemahnt.

Helfen Bußgelder und anonyme Bewerbungen?

„Es gibt Türen, wo man nicht reinkommt“, beschrieb der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt die Situation vieler Zugewanderter. So hätten Handwerks-Azubis, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, große Probleme mit der schriftlichen Abschlussprüfung, für die sie lediglich eine Stunde Zeit hätten. An dieser Stelle müsse das neue Gesetz nicht nur Teilhabe versprechen, sondern tatsächlich „teilhaben lassen“. Der stellvertretende Bürger- und Antidiskriminierungsbeauftragte Dennis Bunge forderte einen Paragraphen, der Discos und Gaststätten mit bis zu 10.000 Euro Geldbuße droht, wenn sie Menschen wegen ihrer Herkunft den Zugang verweigern. Emre Küçükkaraca von der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein regte an, dass Bewerbungsverfahren grundsätzlich anonym verlaufen sollten, damit Menschen mit ausländischen Wurzeln nicht vorzeitig „aussortiert“ werden: „Viele bekommen keinen Job, trotz gleicher oder besserer Qualifikation.“ Für Reinhard Pohl vom Einwandererbund aus Elmsborn war es wichtig, dass die öffentliche Hand die Kosten für Dolmetscher übernimmt, wenn etwa die Schule mit Eltern in Kontakt treten will, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben. Und Natali Schnar vom „Forum der Vielfalt“ aus Neumünster machte sich für ein Kommunalwahlrecht für Ausländer stark: „Viele Menschen leben und arbeiten hier, haben aber keine politische Stimme.“

„Mit diesem Gesetzentwurf geben wir als Land den Auftrag, Integration und Teilhabe über alle Handlungsfelder zu diskutieren“, sagte die CDU-Abgeordnete Barbara Ostmeier, die auch Vorsitzende des Ausschusses ist. Der Gesetzentwurf enthalte nur „Selbstverpflichtungen“ der Verwaltung, aber keine „einklagbaren Rechte“ für die Betroffenen, monierte dagegen Serpil Midyatli (SPD).

Ist ein Bekenntnis zur Demokratie nötig?

Umstritten, auch innerhalb des Jamaika-Bündnisses, war das im Gesetzentwurf vorgesehene „Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Dort wird gefordert, die Gesetze einzuhalten und die Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung anzuerkennen. Dieser Passus enthalte eine „sprachliche Vorverurteilung“, kritisierte Catharina Nies, Referentin beim Flüchtlingsbeauftragten. Die Grünen-Abgeordnete Aminata Touré fand die Formulierung und die darin enthaltene Ermahnung ebenfalls „problematisch“. „Das machen

wir bei anderen Gesetzen nicht“, so Touré. Die Worte seien „irreführend“, merkte auch Thomas Rother (SPD) an. Claus Christian Claussen (CDU) fand es hingegen „absurd“, in diesem Paragraphen eine Diskriminierung zu sehen. Das Bekenntnis zu Rechtsstaat und Demokratie sei „selbstverständlich“. Auch Jan Marcus Rossa (FDP) sprach von einer „vernünftigen Regelung“. Sie enthalte eine „Botschaft, welche Ziele Integration hat“.

Was heißt eigentlich „Migrationshintergrund“?

Kritik gab es auch an der Definition von „Menschen mit Migrationshintergrund“ in dem Gesetzentwurf. Demnach sind „alle zugewanderten und nicht zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer, alle nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Deutschen und alle Deutschen mit zumindest einem nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewanderten Elternteil“ gemeint. Der stellvertretende Bürgerbeauftragte Bunge sprach von einer zu „engmaschigen Definition“. Er regte an, das Gesetz nachzubessern und „deutlich zu machen, dass es sich an alle richtet“. Auch Emre Küçükkaraca von der Türkischen Gemeinde sprach sich dafür aus, die Definition „weiter zu fassen oder gänzlich zu streichen“.



Ziel Integration: Flüchtlinge beim Deutschunterricht

Kinderheime: Medikamentenversuche gehörten zum Alltag

Heimkinder, Jugendliche und auch Erwachsene sind in Einrichtungen der Behindertenhilfe und in der Psychiatrie bis in die 1970er Jahre hinein Medikamentenversuchen ausgesetzt worden. Das geht aus dem Zwischenbericht zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Leids von Heimkindern hervor. Der Sozialausschuss beriet im Januar über die Erkenntnisse einer Lübecker Forschergruppe, die Patientenakten, Archive von Pharmafirmen und Verwaltungsunterlagen ausgewertet hat.

Die Lübecker Wissenschaftler erforschen das Leid der Betroffenen im Auftrag des Sozialministeriums. Vor gut drei Jahren hatten NDR-Recherchen ergeben, dass es in schleswig-holsteinischen Heimen und Kliniken schwere Verfehlungen gab. Ende 2018 berichteten Betroffene auf einem Symposium im Landeshaus über ihre Erlebnisse (s. Landtagszeitschrift 04/2018).

„Die Testungen neuer Substanzen und Anwendungsbeobachtungen waren ein gängiger Teil der zeitgenössischen ärztlichen Praxis“, sagte Christof Beyer vom Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Uni Lübeck. Bis 1976 habe es in Deutschland keine strengen Regeln für die Prüfung von Arzneimitteln gegeben. Erst dann seien Einwilligungen in Tests vorgeschrieben worden. Diese Tests seien „keine versteckte oder verheimlichte Praxis“

gewesen. Im Gegenteil: In der Fachöffentlichkeit sei damals breit darüber diskutiert worden. Die Folgen reichten für Betroffene von Hautausschlag bis zu Atemstillstand. Es gebe auch Hinweise auf Gewalt unter Patienten und Ruhigstellungen.

Hilfsfonds steht noch bis Jahresende bereit

Ein Betroffener ist Günter Wulf, der 1974 aus dem Landeskrankenhaus Schleswig entlassen wurde. Kinder seien behandelt worden wie Tiere, sagte er im Ausschuss. Er sei für bildungsunfähig erklärt worden. „Damals hat man immer gesagt, ich sei ein Spinner.“ Nun sei das Leid der Heimkinder bestätigt worden: „Jetzt kann das keiner mehr sagen.“

Für Sozialminister Heiner Garg (FDP) zeigt der Bericht, dass es sich „nicht um isolierte Einzelfälle“ handele. „Man kann sehr wohl von einem systematischen Vorgehen sprechen.“ Der SPD-Sozialpolitiker Wolfgang Baasch klagte: „Man hat das Gefühl, dass ethische Normen komplett außer Kraft gesetzt worden sind.“ Marret Bohn (Grüne) forderte die Pharmakonzerne auf, ihre „Blockadehaltung“ zu überdenken und sich an der Aufarbeitung zu beteiligen.

Noch bis Ende des Jahres können sich Betroffene an die Anlauf- und Beratungsstelle in Neumünster wenden, um finanzielle

Hilfe zu erhalten. Laut Sozialministerium wurden seit 2017 bereits 7,1 Millionen Euro ausgezahlt. Der Sozialausschussvorsitzende Werner Kalinka (CDU) forderte darüber hinaus den Aufbau eines Hilfswerks. Einmalige Zahlungen seien nicht genug.

Die Anlauf- und Beratungsstelle ist unter den Telefonnummern 04321/913-751 und -753 zu erreichen.

Kinderkuren wurden oft zum Albtraum

Statt einer erholsamen Auszeit am Meer erwartete viele Kinder, die in den 1950er bis in die 1980er Jahre „verschickt“ wurden, Demütigung und Gewalt. Der Landtag bat die Landesregierung, die Aufarbeitung dieser Vorfälle eng zu begleiten. Das „Elend der Verschickungskinder“ war Thema eines Kongresses auf Sylt im November 2019, der von ehemaligen Opfern organisiert worden war.

„Was zum Wohle der Kinder gedacht war, entpuppte sich für viele als echter Albtraum“, betonte Sozialminister Heiner Garg (FDP) in der Januar-Tagung. Kinder seien auf perfide Weise erniedrigt worden: Sie hätten ihr Erbrochenes essen müssen, oder ihnen sei verboten worden, nachts auf Toilette zu gehen. Das Ausmaß sei noch nicht abzuschätzen, so Garg. Einen Auftrag zur Recherche habe sein Ministerium bereits erteilt. Ziel sei eine systematische, länderübergreifende Aufklärung, „bei der wir momentan noch ganz am Anfang stehen“.

Rund 840 Erholungsheime mit insgesamt 65.000 Plätzen bundesweit habe es gegeben, so Tobias von Pein (SPD) – schätzungsweise könnten 1,6 Millionen Kinder betroffen sein. Nach solch „lebenszerstörenden“ Erlebnissen müsse auch geklärt werden, warum den Betroffenen damals kein Gehör geschenkt wurde.



Berichteten im Sozialausschuss über Medikamentenversuche in Heimen und Kliniken: Sozialminister Heiner Garg und Medizinhistoriker Christof Beyer.

100 Jahre deutsch-dänische Grenze: „Amphibien“ feiern Uraufführung



Die Nachwuchsschauspieler des Deutschen Gymnasiums in Apenrade reisen zurück ins 19. Jahrhundert, als es um die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark zwei Kriege gab. Der Konflikt zwischen den Nationen spaltet Familien und zerreißt alte Freundschaften.



Auch in einer Studenten-WG in der heutigen Zeit treten Unterschiede zutage. Die Dänen halten Deutsche für zu „diszipliniert“ und „effizient“. Die Deutschen wiederum spotten über „konfliktscheue“ dänische „Hotdogs“.



Der Chor der Amphibien verbindet die Szenen. So wie Frösche an Land laufen und im Wasser schwimmen können, so gehe es auch den Grenzbewohnern: „Wir gehen von einer Sprache in die andere wie durch eine offene Tür.“

Minutenlangen Applaus und stehende Ovationen gab es Mitte Februar im Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses. Hier feierte die szenische Lesung „Amphibien – ein deutsch-dänisches Abstimmungsschauspiel“ vor 200 begeisterten Zuschauern ihre Uraufführung. Das Stück wurde von Schülern des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Apenrade und ihrem Projektleiter Jürgen Schultze inszeniert, gemeinsam mit Studenten und Dozenten der Europa-Universität Flensburg, die Kostüme und Bühnenbild beisteuerten. Es ist das Leuchtturmprojekt des Landtages zum 100. Jubiläum der Volksabstimmungen über den Verlauf der deutsch-dänischen Grenze.

Das Theaterstück basiert auf dem Roman „Riß durchs Festland“ von Uwe Prksen, der die Aufführung im Publikum verfolgte. Das Buch schildert, wie der „Bazillus des Nationalismus“ den Alltag der Menschen im damaligen Herzogtum Schleswig zu prägen begann. Das Theaterstück endet, anders als die Vorlage, nicht im Jahr 1930. Mithilfe historischer Quellen entwickelten die Schüler eine Handlung, die den Bogen bis in die Gegenwart spannt. Dabei wollen sie vor allem die Entstehungsgeschichte der Minderheiten in Deutschland und Dänemark erklären.

„Die szenische Lesung sensibilisiert für die Gefahr von politischen, historischen und moralischen Fehlentwicklungen“, lobte Landtagspräsident Klaus Schlie das Werk. Es zeige, dass die Identität der Grenzlandbewohner nicht ein „entweder – oder“, sondern ein „sowohl – als auch“ sei. Die von den Schülern gefundene Analogie zu den Amphibien, die im Wasser und an Land zu Hause seien, erkläre sehr eindrücklich, dass die Grenzlandbewohner ihre Identität als losgelöst von den Grenzen empfinden, so Schlie: „Damit hat dieses Stück eine ganz aktuelle europäische Dimension.“ Auch in Eckernförde und in Schleswig feierten die „Amphibien“ Ende Februar große Erfolge.



Plakate aus der Zeit der Volksabstimmung 1920 waren ein Teil der gemeinsamen Ausstellung, die das Danevirke Museum aus Dannewerk bei Schleswig und das Deutsche Museum in Sonderburg für den Landtag erarbeitet hatten. Die Ausstellung musste leider wegen der Corona-Krise abgesagt werden.

75 Jahre nach Auschwitz: Gedenken und Verantwortung

75 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz leben nur noch wenige Zeitzeugen. Deswegen ist es die Aufgabe der nachfolgenden Generationen, die Erinnerung an das Leiden der Opfer wachzuhalten. Das war eine Kernbotschaft der Gedenkfeier im Landtag am 27. Januar. An diesem Tag im Jahr 1945 hatte die Rote Armee das deutsche Konzentrationslager im heutigen Polen befreit.

Die Menschen müssten sich „jeden Tag wieder die Frage stellen, ob wir Antisemitismus, Rassismus und Hass in unserer Gesellschaft schweigend hinnehmen oder dem aktiv entgegenzutreten wollen“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie vor 200 Gästen. Die Antwort müsse unmissverständlich ausfallen: „Wir kämpfen, wir geben nicht auf – das sind wir den Opfern, das sind wir den Überlebenden des Holocaust schuldig, und das ist insbesondere unsere deutsche Verantwortung für die Zukunft.“ Schlie kündigte eine Reise mit schleswig-holsteinischen Jugendlichen nach Auschwitz an.

Zugleich startete an diesem Abend die mehrwöchige Ausstellung „KZ überlebt“ mit Bildern des Regensburger Fotografen Stefan Hanke. Er hat zwischen 2004 und 2014 rund 150 KZ-Überlebende portraitiert. Entstanden sind Schwarzweiß-Fotos, die die Opfer des NS-Terrorregimes an Orten ihrer Wahl zeigen – teilweise an historischen Stätten wie dem Nürnberger Justizpalast, ab 1945 Schauplatz der Kriegsverbrecherprozesse, oder dem Bahnhof Milbertshofen, von dem aus viele Münchener Juden deportiert wurden. Er habe zeigen wollen, dass die KZ-Insassen nicht nur Opfer und Gefangene waren, sondern dass sie ein komplettes Leben hatten. „Die Botschaften der Überlebenden sind gerade heute aktueller und nötiger denn je“, so Hanke. Seine Porträtssammlung sei vor allem eine „Handreichung für Jugendliche“.



Der Fotograf Stefan Hanke zeigte sein Bilderprojekt „KZ überlebt“ im Landeshaus. Schüler des Regionalen Bildungszentrums (RBZ) Wirtschaft in Kiel begleiteten als „Peers“ Besuchergruppen durch die Ausstellung.



Die Schulband des RBZ Wirtschaft brachte Wut und Verzweiflung, etwa mit dem Gefangenensong „Die Moorsoldaten“, ebenso zum Ausdruck wie Hoffnung – in John Lennons Friedenshymne „Imagine“.



Der israelische Journalist Igal Avidan las Anfang Februar aus seinem Buch „Mod Helmy. Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete“. Avidan beschreibt die Lebensgeschichte des ägyptischen Mediziners Mohammed Helmy, der als erster Araber von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde.



Ein Religionskurs der Kieler Hebbelschule führte gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendtheater der jüdischen Gemeinde Kiel selbst erarbeitete Theaterszenen vor, die Momente aus dem Leben von KZ-Opfern darstellten. Grundlage waren Berichte von schleswig-holsteinischen Überlebenden.

Tierheime stoßen an ihre Grenzen

Die 19 Tierheime im Lande haben finanzielle Sorgen und leiden unter Platzmangel. Der Landtag unterstrich im Januar die Bedeutung der überwiegend ehrenamtlichen Einrichtungen. Nun folgt die vertiefte Diskussion im Umwelt- und Agrarausschuss.

Stefan Weber, dessen SPD-Fraktion die Debatte angestoßen hatte, kritisierte die Förderrichtlinie des Landes. Sie stelle „sehr umfangreiche Anforderungen“ für Ehrenamtliche. Im Vorjahr seien nur 1,6 Prozent der zur Verfügung stehenden 450.000 Euro abgerufen worden. „Die Antragsmodalitäten müssen dringend vereinfacht werden“, forderte Weber. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) wies darauf hin, dass seine Mitarbeiter den Tierhelfern „rund um die Uhr“ zur Seite stünden und appellierte: „Keine Angst vor der Antragstellung!“

Ein wachsendes Problem ist das „Animal Hoarding“, die Tiersammelsucht. In manchen Fällen werden in einer Wohnung mehr als 100 Katzen, Hunde, Hamster und Vögel geborgen, die dann im Tierheim landen. Dort stößt man an Kapazitätsgrenzen. Hinzu kommt: Die Heime erhalten nur in den ersten 28 Tagen Geld von den Kommunen, um die Tiere zu füttern und medizinisch zu versorgen. Weber

unterstützte den Vorschlag, diese Frist auf 90 Tage zu verlängern, damit die Heime mehr Zeit haben, um neue Herrchen und Frauchen zu finden. Heiner Rickers (CDU) sah diesen Vorschlag jedoch kritisch. Er warnte davor, die jahrelange Zusammenarbeit zwischen Tierheimen und Rathäusern zu gefährden, indem man die Kommunen bedrängt und „mit Ideen überfällt“.



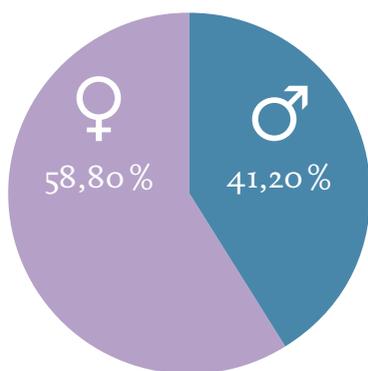
Öffentlicher Dienst: vier Fakten zur Gleichstellung

Frauen sind im Öffentlichen Dienst des Landes in der Mehrzahl, aber sie übernehmen weniger Leitungspositionen als Männer. Das ist eine Kernaussage des Gleichstellungsberichts für den Landesdienst, den Ministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) im Januar vorgestellt hat. 25 Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungs-

gesetzes gebe es „deutliche Erfolge“, so die Ministerin. Zwar liegt der Frauenanteil in der hohen B-Besoldung lediglich bei knapp 20 Prozent – aber damit immerhin um vier Prozentpunkte höher als 2014. Auffällige Unterschiede gibt es zwischen den Ministerien. Im Wirtschaftsministerium arbeiten 25 Prozent Frauen, im Bildungsministeriums

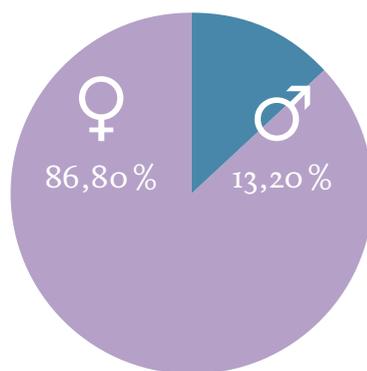
sind es 70 Prozent. Sütterlin-Waack gab das Ziel aus, mehr Frauen für Polizei, Wissenschaft und technische Berufen zu gewinnen. Der Lehrerberuf müsse hingegen für Männer attraktiver werden. Beate Raudies (SPD) sah „nach wie vor großen Handlungsbedarf“. So sei nur jede fünfte Hochschulprofessur mit einer Frau besetzt.

Frauen sind in der Überzahl



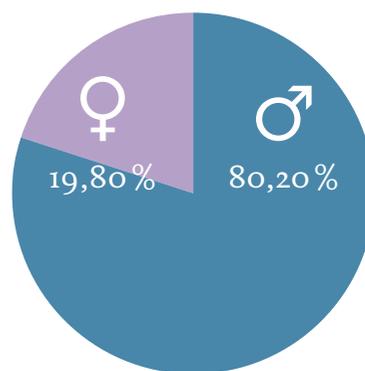
Von den 57.939 Menschen im Landesdienst sind 34.043 weiblich und 23.887 männlich.

Teilzeit ist weiblich



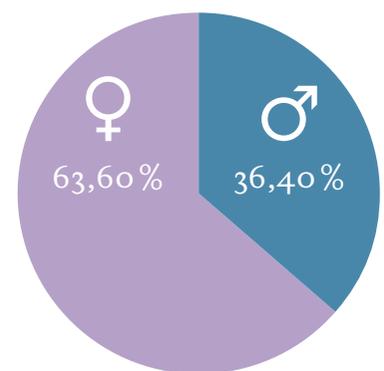
18.862 Beschäftigte, knapp ein Drittel aller Angestellten und Beamten, arbeiten in Teilzeit – und zwar überwiegend Frauen.

B-Besoldung ist männlich



86 Personen erhalten die Besoldungsgruppen B2 bis B9 (etwa 7.900 bis 11.400 Euro im Monat). Darunter sind nur 17 Frauen.

Die kleine Lohntüte ist weiblich



Unter den knapp 5.000 Beschäftigten in den Entgeltgruppen E5 bis E8 (Grundgehalt etwa 2.500 bis 2.800 Euro im Monat) sind 3.100 Frauen.

Gewalt an Schulen: Warnung vor „Schreckgespenstern“

An knapp 150 Schulen im Lande kommt es zu Prügeleien und Bedrohungen. So besagen es Zahlen des Bildungsministeriums. Deswegen soll nun jede Schule ein „Präventions- und Interventionskonzept“ gegen Mobbing und Gewalt erarbeiten. Das fordern Jamaika, SPD und SSW in einem gemeinsam beschlossenen Antrag. Der AfD, die das Thema im Januar auf die Tagesordnung gesetzt hatte, reichte das nicht aus. Sie regte vergeblich eine Expertenanhörung im Bildungsausschuss an.

Das „Gewaltmonitoring“ (GEMON) des Bildungsministeriums, das im vergangenen Dezember vorgestellt wurde, basiert auf Meldungen der Schulen. Demnach wurden im Schuljahr 2018/19 im Lande 585 Fälle von Gewalt registriert. In 84,1 Prozent der Fälle ging die Gewalt von Jungs aus. 43,4 Prozent stuften die Schulen als Körperverletzungen ein, 19 Prozent galten als psychische Gewalt und 7,1 Prozent als Mobbing. 72,5 Prozent ereigneten sich an Gemeinschaftsschulen. Dabei unterrichten diese nur gut ein Viertel der Schüler im Lande. Besonders viele Fälle gab es in Kiel und in den Kreisen Segeberg und Plön.

Diese Zahlen seien nur die „Spitze eines Eisbergs“, und die Zunahme von Gewalt sei „nicht hinnehmbar“, so Frank Brodehl (AfD). Er kritisierte, dass GEMON nur Fälle widerspie-

gelt, die schulische Strafen wie Versetzungen oder Verweise nach sich gezogen haben. Alltägliche Beschimpfungen, Cyber-Mobbing oder Erpressungen kämen noch hinzu. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) mahnte zur Sachlichkeit: Wer von einer Zunahme der Gewalt spreche, der argumentiere „nicht auf Grundlage erhobener Daten und Fakten“. Die GEMON-Zahlen seien erstmals ermittelt worden, und es gebe noch keine Vergleichsdaten. Verlässliche Erkenntnisse seien erst in zwei oder drei Jahren zu erwarten. Die AfD lebe davon, „Schreckgespenster“ aufzubauen und das gesellschaftliche Klima zu vergiften, so Ines Strehlau (Grüne). Kai Vogel (SPD) warf der AfD vor, sich „auf dem Rücken der Gewaltopfer profilieren“ zu wollen.

Tobias von der Heide (CDU) merkte an, dass lediglich 149 der 795 Schulen im Lande entsprechende Fälle gemeldet hätten. Es habe landesweit 585 Fälle gegeben, betonte Lars Harms (SSW) – bei rund 370.000 Schülern und 28.500 Lehrern: „Ich würde behaupten, in meiner Schulzeit war das nicht anders.“ Und Anita Klahn (FDP) wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren schon vieles auf den Weg gebracht worden sei, etwa Schulsozialarbeit, mehr Geld für so genannte Perspektivschulen an sozialen Brennpunkten und spezielle Fortbildungen am Kieler Lehrerbildungsinstitut IQSH.



Viele Schüler, aber auch Lehrer, klagen über Gewalt, Ausgrenzungen und Hänseleien. Zahlen des Bildungsministeriums geben einen Einblick in die Lage.

Wahlalter 16: Streit um Reife und Verantwortung

Jugendliche gehen auf die Straße und setzen sich für ihre Interessen ein – für den Klimaschutz oder die Freiheit im Internet. Wäre es da nicht konsequent, das Wahlalter auch bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre abzusenken? Der Landtag lehnte einen entsprechenden SPD-Antrag im Januar ab. Lediglich der SSW stimmte mit dafür.

„Demokratie lebt vom Mitmachen. Nur wer die Möglichkeit hat, sich einzubringen, wird auch selbst demokratisch“, sagte Tobias von Pein (SPD). Das Wahlalter 16 sei für ihn nicht

der Endpunkt: „Warum soll man in Zukunft nicht auch schon mit 14 Jahren wählen können?“ Claus Christian Claussen (CDU) war dagegen. Junge Menschen seien erst mit 18 voll geschäftsfähig und strafmündig, und erst dann sei die nötige „Lebensreife“ vorhanden. Entsprechend sei es angebracht, das Wahlrecht an die Volljährigkeit zu knüpfen.

Das Argument, mit 16 sei man noch nicht reif genug, sei „ein schlechter Witz älterer Semester“, entgegnete Burkhard Peters (Grüne). Gerade die Fridays-for-Future-Aktivist*innen „zeigen uns, was es heißt, Verant-

wortung einzufordern und damit auch zu übernehmen“. Letztlich stimmten aber auch die Grünen gegen den SPD-Vorstoß – sie seien „gefangen in der Koalitionsraison“, so Peters.

Die damalige SPD-Grünen-SSW-Koalition hatte 2017 das Wahlrecht für Landtagswahlen auf 16- und 17-Jährige ausgeweitet. Schleswig-Holstein folgte damit dem Vorbild Brandenburgs, Bremens und Hamburgs. Bereits seit 1997 können sich Jugendliche im Lande an Kommunalwahlen beteiligen.

Glücksspiel: „Legalisieren, um zu regulieren“

Der milliardenschwere Markt von Sportwetten, Poker und Casinospiele im Internet soll künftig in ganz Deutschland legal sein. Der neue Kurs beim Glücksspiel stieß im Februar auf breites Lob. Einzig die SPD gab sich skeptisch gegenüber der Neuregelung, die die Ministerpräsidenten der Länder auf den Weg gebracht haben.

„Das nun erzielte Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen“, so Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Er hob die strengen Vorgaben bei Suchtprävention, Spieler- und Jugendschutz hervor. Bisher hat Schleswig-Holstein als einziges Bundesland Lizenzen für Online-Glücksspiele vergeben. Jetzt habe sich das Land gegenüber den anderen 15 Bundesländern weitgehend durchgesetzt, betonte Hans-Jörn Arp (CDU). Falls es zu keiner Einigung gekommen wäre, dann hätte Schleswig-Holstein ein gemeinsames Papier mit Hessen und Bayern „aus der Schublade gezogen“, so Arp.

Der neue Staatsvertrag beende die bisherige „Absurdität“, merkte Lasse Petersdotter (Grüne) an. Das Zocken sei aktuell zwar weitgehend verboten, tatsächlich sei aber „ein riesiges und buntes Angebot“ problemlos „über Google“ zu erreichen. Künftig gelte das Motto: „Wir legalisieren, um zu regulieren.“ Lars Harms (SSW) zählte die Vorzüge des neuen Kurses auf: mehr Spielerschutz, Rechtssicherheit für die Anbieter sowie Einnahmen für den Staat, die in den Sport, in soziale Projekte und in die Kultur fließen sollen: „Vernünftiger kann man die Sache eigentlich nicht angehen.“ Auch

Claus Schaffer (AfD) stellte sich hinter den Länderkompromiss: „Online-Glücksspiel ist in Deutschland schlichtweg Realität.“

Kai Dolgner (SPD) kritisierte hingegen die „Jubelarie“ der Befürworter, denn der endgültige Text des Staatsvertrages liege noch gar nicht vor. Entscheidend müsse „der Schutz der Menschen“ sein, so Dolgner. Jan Marcus Rossa (FDP) blickte auf die geplante zentrale Glücksspielbehörde. Schleswig-Holstein will sich darum bemühen. „Wir haben hier das Know-how, das notwendig ist“, warb Rossa für den Standort im Norden. Der neue Staatsvertrag muss von den Landesparlamenten ratifiziert werden, um, wie geplant, am 1. Juli 2021 in Kraft zu treten.



Hans-Jörn Arp (CDU): „Erfolg für Schleswig-Holstein“



Kai Dolgner (SPD): „Kein Grund zum Jubeln“

Leitplanken für Poker und Roulette

Der neue Glücksspielstaatsvertrag soll den Spielerschutz stärken. Veranstalter müssen ein System zur Früherkennung von suchtgefährdeten Spielern einrichten. Die Einzahlungen sollen auf 1.000 Euro pro Monat limitiert werden. Für Sportwetten soll es in Rundfunk und Internet zwischen 6 und 21 Uhr ein Werbeverbot geben. Gewinne über einem bestimmten Betrag sollen automatisch ausgezahlt werden, und „Safe Server“, die sämtliche Spieldaten erfassen, sollen jederzeit eine behördliche Kontrolle ermöglichen. Suchtexperten kritisieren, dass die Unternehmen selbst für den Spielerschutz zuständig sein sollen.

Extra-Geld für die Schlei



Die Schlei bei Schleswig

Der Landtag stellt sich einstimmig hinter die Pläne für eine „Modellregion Schlei“. Damit soll der Umweltschutz vor Ort unterstützt werden

„Der ökologische Zustand der Schlei ist schlecht“, sagte Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) in der Februar-Sitzung. Das Land stelle den Kreisen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde in den nächsten drei Jahren 220.000 Euro bereit. Ziel ist es, die biologische Vielfalt zu fördern und den Anteil an Dünger und Stickstoff zu verringern.

Am Grund der Schlei befindet sich giftiger Faulschlamm, der sich durch Nährstoffeinträge aus der Zuckerfabrik und der Kläranlage in Schleswig gebildet hat. Hinzu kommen die Folgen der intensiven Landwirtschaft an den Ufern des Ostseearms. Auch die Opposition bewertete das Pilotprojekt positiv. SPD und SSW sehen aber weitere Gefahren durch eine mögliche Überspülung der Landzunge bei Maasholm an der Schleimündung.

Personalmangel im Justizvollzug: Land will gegensteuern

Die Arbeit in einer Justizvollzugsanstalt ist anspruchsvoll. Die Beamten sollen den Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten gewährleisten und gleichzeitig die Resozialisierung der Straftäter begleiten. Hinzu kommt: In Schleswig-Holsteins Gefängnissen herrscht Personalknappheit. Die Landesregierung will nun verstärkt Nachwuchskräfte ausbilden.

Es gebe „enorme Engpässe“ in der Personalausstattung, mahnte Lars Harms (SSW) in der Februar-Sitzung. Lediglich 90 Prozent der Stellen seien besetzt – „das heißt, rund zehn Prozent des Personals fehlen immer noch.“ „Die Vollzugsaufgaben werden erfüllt, nur nicht in der gebotenen Tiefe und Intensität“, betonte Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Konkret fehlten 71 Stellen im Allgemeinen Vollzugsdienst sowie je sieben auf der Leitungsebene und im Psychologischen Dienst. Die Zahl der Ausbildungsplätze für den Strafvollzug soll deswegen auf jährlich 50 verdoppelt werden. Die Ausbildung soll künftig zentral in Boostedt bei Neumünster erfolgen. Das Land könne in diesem Bereich



Ein besonderer Arbeitsplatz: Blick in die Justizvollzugsanstalt Neumünster

„nicht auf vorhandene Fachkräfte zurückgreifen“, merkte Claus Christian Claussen (CDU) an: „Vielmehr müssen wir hier den Bedarf, den wir für den sicheren Betrieb unserer Haftanstalten benötigen, selbst ausbilden.“ Gerade für den Justizvollzug brauche es Menschen „mit einer gestandenen Persönlichkeit und einem hohen Maß an Lebenserfahrung“, konstatierte Jan Marcus Rossa (FDP). In der Regel sollten Anwärter bereits eine Ausbildung abgeschlossen und Berufserfahrung haben. Es müssten also Menschen zu einem Berufswechsel und zu einer weiteren Ausbil-

dung bewegt werden, „die bereits erfolgreich im Berufsleben stehen“, so Rossa. Es gelte, den Justizvollzugsdienst „aus einer vorurteilsbehafteten Schmutz-Nische“ herauszuholen, betonte Burkhard Peters (Grüne). Thomas Rother (SPD) sprach von einem „anspruchsvollen und schweren Dienst“. Die Mitarbeiter im Justizvollzug „verdienen genauso viel Anerkennung wie Polizistinnen und Polizisten oder Feuerwehrleute“. Claus Schaffer (AfD) mahnte zügiges Handeln an: „Alle Konzepte, Evaluationen und Strategien müssen irgendwann auch einmal zu einem Ergebnis führen.“

Angler Rinder und Marner Rüben: Alte Arten sind bedroht

Die moderne Landwirtschaft konzentriert sich auf immer weniger Tier- und Pflanzenarten. Dadurch ist die über Jahrtausende gewachsene genetische Vielfalt bedroht. Das Land bemüht sich, die „Agrobiodiversität“ zu bewahren. Der Landtag debattierte das Thema Ende Februar.



Auch das „Schleswiger Kaltblut“ ist selten geworden.

Nicht nur die Zahl der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenarten sei in Schleswig-Holstein seit 2006 um ein Viertel gesunken, berichtete Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). „Auch alte Nutztierassen und Kulturpflanzen drohen, uns verloren zu gehen.“ Dies gelte etwa für Pferde vom Typ „Schleswiger Kaltblut“, für das Rind „Deutsches Shorthorn“ oder das „Angler Sattelschwein“. Zu den gefährdeten Pflanzenarten zählen Saathafer der Sorte „Schleswiger Geest“, die Futterrübe „Marner Harlanga“, die Sommergerste „Dahmer Hanna“ oder der Saatweizen „Nordstrand Weißer“.

Die Landesregierung will Fördermittel der EU und des Bundes in diesen Bereich umleiten. Zudem bezuschusst sie die Stiftung Naturschutz, die Flächen aufkauft und in artenreiches Dauergrünland umwandelt, und den Tierpark „Arche Warder“ im Kreis Rendsburg-Eckernförde, wo alte Rassen durch gezielte Zucht erhalten werden. Daneben wurden im Friedrich-Löffler-Institut im niedersächsischen Mariensee tausende Samenproben schleswig-holsteinischer Arten eingelagert – etwa von „rotbunten“ Rindern oder vom „Angler Rind“.

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) mahnte rechtzeitiges Einschreiten an: „Im Rinderbereich müssen Erhaltungsprogramme gestartet werden, wenn die Population einer Rasse noch nicht unter 5.000 gefallen ist.“ Es gebe aber auch Gründe, so Heiner Rickers (CDU), warum gewisse Arten fast verschwunden seien: „Heute baut eben keiner mehr Dinkel an, weil Dinkel sowohl in der Ertragssicherheit als auch in der ernährungsphysiologischen Beschaffenheit nicht die Ziele erreichen kann, die wir in der Ernährung heute brauchen.“ Der Umwelt- und Agrarausschuss berät weiter.

Nachtragshaushalt verteilt Überschuss des Vorjahres

Der Haushaltsüberschuss von 557 Millionen Euro aus dem Jahr 2019 ermöglicht neuen Spielraum für Investitionen. Der Landtag hat Ende März einstimmig einen Nachtragshaushalt verabschiedet. Das Geld fließt in das Sondervermögen IMPULS (Infrastruktur-Modernisierungs-Programm), ins Sondervermögen Breitband, ins Sondervermögen MOIN zur Förderung von Mobilität und Schiennahverkehr sowie ins Programm Künstliche Intelligenz. Hinzu kamen kurzfristig weitere 500 Millionen zur Bekämpfung der Corona-Krise (siehe S. 3).

Konkret: Mit 40 Millionen Euro wird der Kita-Ausbau vorangetrieben, 50 Millionen sind für das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel vorgesehen, 20 Millionen für den Küstenschutz, 16 Millionen für den Lärmschutz an der Hinterlandanbindung des Fehmarnbelttunnels, 14 Millionen für die Schleibrücke Lindaunis, 8,8 Millionen für die Kita-Datenbank und 6,5 Millionen für die Kultur. Zusätzliche 15 Millionen Euro gehen in das Digitalisierungsprogramm, 34 Millionen in die energetische Sanierung von Landesimmobilien, 15 Millionen in Wasserstoffbrennzellen für Schiffe und zehn Millionen in die Wasserstoffstrategie.

Mehr Patientenrechte im Krankenhaus

Als letztes Bundesland soll Schleswig-Holstein ein Krankenhausgesetz bekommen. Darin wird beispielsweise die Pflicht zur Aufnahme von Notfallpatienten festgeschrieben – auch bei voller Belegung einer Klinik. Der Landtag überwies den Entwurf aus dem Gesundheitsministerium im März an den Sozialausschuss.

Einige Kernpunkte:

- Fälle, in denen **Rettungswagen** zwei oder drei Krankenhäuser anfahren, bevor ihr Patient aufgenommen wird, sollen der Vergangenheit angehören. Es drohen Bußgelder von bis zu 500.000 Euro, die eine neu einzurichtende Krankenhausaufsicht erheben kann.
- Die Krankenhäuser sollen künftig ihre aktuellen **Behandlungskapazitäten** offenlegen, sodass Rettungsdienste feststellen können, wo freie Betten sind.
- Die Kliniken sollen bei Patienten mit besonderem **Betreuungsbedarf** wie Kindern, Menschen mit Handicap oder sterbenskranken Patienten soweit möglich auch Begleitpersonen aufnehmen.
- Das Land soll mehr **Gestaltungsspielraum** erhalten und darauf hinwirken können, dass medizinische Zentren eingerichtet werden und besondere Behandlungen in Spezialkliniken stattfinden. Krankenhäuser, die die Anforderungen nicht erfüllen oder nicht als Zentren ausgewiesen werden, sollen bestimmte hochspezialisierte Leistungen dann nicht mehr erbringen dürfen.
- Es sollen nicht nur, wie bisher, **Fachgebiete** wie Innere Medizin oder Chirurgie als Aufträge an Krankenhäuser vergeben werden, sondern beispielsweise auch die Behandlung von Menschen nach einem Schlaganfall. Das Ministerium kann den Plänen zufolge Mindestfallzahlen für bestimmte Krankenhausleistungen festlegen.

Erste Reaktionen:

Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP): „Das Landeskrankenhausgesetz ist ein Meilenstein und ein wichtiger rechtlicher Rahmen zur Qualitätssicherung in der Krankenhauslandschaft.“

Hans Hinrich Neve (CDU): „Es ist gut, dass neben der Krankenhausplanung und -förderung auch Patientenrechte, Qualitätsmanagement und Patientendatenschutz geregelt werden sollen.“

Dennys Bornhöft (FDP): „Mit den neuen Rahmenbedingungen wird eine stärkere Spezialisierung der Klinikstandorte ermöglicht. Das wird die Qualität der Behandlung weiter stärken.“

Marret Bohn (Grüne): „Wir Grüne haben uns schon in der Küstenkoalition für ein Landeskrankenhausgesetz eingesetzt. Was lange währt, wird endlich gut.“

Bernd Heinemann (SPD): „Uns fehlen ein paar grundsätzliche Aussagen zur Krankenhaushygiene, die der aktuellen Sensibilität zu diesem Thema gerecht werden. Zudem muss das Gesetz im Bereich der Patientenrechte sowie im Entlass- und Beschwerdemanagement nachgeschärft werden.“



Hans Hinrich Neve (CDU): Gute Regelung



Bernd Heinemann (SPD): Nachschärfung nötig

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Jagdhundesteuer: Die AfD ist mit dem Vorstoß, die Hunde von Freizeitjägern von der Hundesteuer zu befreien, auf breite Ablehnung gestoßen. Der Gesetzentwurf greife in die Finanz- und Handlungshoheit der Kommunen ein, lautete das Urteil der anderen Fraktionen zu der vorgeschlagenen Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Nach der Ersten Lesung Ende Januar holt der Innen- und Rechtsausschuss nun die Stellungnahmen von Experten und Betroffenen ein.

AfD-Fraktionschef Jörg Nobis hatte den Vorstoß damit begründet, dass bereits die Ausbildung der etwa 11.000 Jagdhunde im Lande kosten- und zeitintensiv sei. Dagegen seien die finanziellen Einbußen für die Gemeinden „sehr überschaubar“, so Nobis. Er griff damit eine Forderung des Landesjagdverbandes auf. Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) argumentierte dagegen: Wenn Hunde mit besonderer Ausbildung von der Hundesteuer befreit werden sollten, dann dürfe dies nicht allein für Jagdhunde gelten, sondern „aus Gleichheitsgründen“ auch für andere „gesellschaftlich wertvolle Hundeeinsätze“ – etwa die Vierbeiner in Rettungstaffeln oder beim Katastrophenschutz. In der Konsequenz sei damit „die gesamte Hundesteuererhebung als solche infrage gestellt“, und es wäre „ein massiver Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“, so der Minister.

Zensus 2021: Im Mai 2021 werden wieder die Wohnsituation, die Erwerbstätigkeit, der Bildungsstand und weitere statistische Bevölkerungsdaten amtlich erfasst. Der Zensus 2021 soll zehn Jahre nach der bisher letzten Volkszählung frische Daten liefern. Auf das Land, aber auch auf Kreise und kreisfreie Städte kommen damit neue Kosten zu. Das beinhaltet ein Gesetzentwurf des Innenministeriums, den der Landtag im Februar mit wenigen Änderungen einstimmig beschlossen hat. Das Gesetz überträgt die entsprechenden Vorgaben des Bundes auf das Land.

Insgesamt fallen im Lande Kosten von gut 35 Millionen Euro an. 21 Millionen entfallen auf das Statistikamt Nord und weitere 14,2 Millionen auf die kommunale Ebene. Ein Großteil der Summe ist für Zeitarbeitskräfte vorgesehen, die die Bürger befragen und die Daten verarbeiten sollen. In Schleswig-Holstein sollen 430.000 Personen teilnehmen. Beim Zensus 2011 waren es nur 285.000. Damals gab es im Nachhinein Unstimmigkeiten über die Aussagekraft der Daten. So klagte die Stadt Flensburg, weil sie laut den erhobenen Zahlen auf einen Schlag mit 6.500 Einwohnern weniger in der Statistik geführt wurde – und damit auch einen geringeren Anspruch auf Finanzzuweisungen hatte. Wegen solcher Unstimmigkeiten hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Volkszählung nachzubessern.

Kommunaler Klimaschutz: Schleswig-Holsteins Kommunen sollen fit für den Klimaschutz gemacht werden. Die Landesregierung soll ihre Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI) über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen und Kommunen stärker darin unterstützen, ein professionelles Klimaschutzmanagement aufzubauen. Das fordert der Landtag mit großer Mehrheit. CDU, Grüne und FDP hatten die Debatte im Februar angestoßen. Auch die SPD war dafür, der SSW enthielt sich, die AfD stimmte gegen den Antrag.

Bisher sei es für Kommunen schwierig, „sich neutral und objektiv beraten zu lassen“, sagte Heiner Rickers (CDU). Nachholbedarf gebe es etwa bei der energiesparenden Gebäudesanierung, beim Strom für Straßenlaternen, beim Fuhrpark, beim Nahverkehr, bei der Fernwärme, bei Klärwerken oder bei der Beheizung von Schwimmbädern. Um kompetente Auskunft zu geben, müssten Klimaschutzmanager aus- und fortgebildet werden, so Rickers.

Landesverwaltungsgesetz: Das Innenministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf mit sieben Aktualisierungen des Landesverwaltungsgesetzes vorgelegt, der nun im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird. Ein Beispiel: Bisher gelten die Verordnungen von Landes-, Stadt, Amts- und Gemeindebehörden für eine Dauer von fünf Jahren und treten dann außer Kraft. Damit sie weiter gelten, müssen sie vor Ablauf der fünf Jahre verlängert werden. Nach zehn Jahren erlischt automatisch die Gültigkeit – die Verordnung müsste bei Bedarf komplett neu erlassen werden. Diese Befristungen sollen nun abgeschafft werden.

Landesplanungsgesetz: Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, mittels einer „Experimentierklausel“ von den Vorgaben der Raumordnungspläne abzuweichen. Das sieht ein Entwurf des Innenministeriums vor, den der Landtag im Februar erstmals beraten hat. Das Papier wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Konkret sollen Flächen für neue Siedlungen, für Energieträger, für Gewerbe oder für Einrichtungen der Digitalisierung und der Daseinsvorsorge erschlossen werden können. Es gehe darum, „in herausragenden, besonderen Fällen“ zu „modellhaften und experimentellen Entwicklungsmaßnahmen“ zu kommen, betonte Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). Insbesondere Kommunen, „die neue und zukunftsgerichtete innovative Entwicklungen einleiten wollen“, sollen unterstützt werden. Die Vorgaben des Baurechts, des Denkmalschutzes und des Naturschutzes sollen dabei allerdings nicht angekratzt werden.

Kritik kam aus der Opposition. Das bestehende Recht sei bereits flexibel genug, sagte die SPD-Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber: „Ich sehe überhaupt nicht, warum wir hier jetzt herumexperimentieren müssen.“

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Die Landes-Regierung will die Inklusion in den Schulen verbessern

Der Unterricht in den Schulen in Schleswig-Holstein soll inklusiv sein. So steht es im Schul-Gesetz. Das bedeutet: Kinder mit einer Behinderung sollen die gleichen Chancen haben wie Kinder ohne Behinderung.

In Schleswig-Holstein besuchen die meisten Kinder mit Förder-Bedarf die gleichen Schulen wie Kinder ohne besonderen Förder-Bedarf. Die Inklusion ist in Schleswig-Holstein also schon weit voran gekommen.

Trotzdem kann die Inklusion noch besser werden. Das sagt Karin Prien von der Partei CDU. Sie ist die Bildungs-Ministerin in der Landes-Regierung von Schleswig-Holstein. Sie findet: Lehrer sollen es noch früher erkennen wenn ein Kind Probleme mit dem Sprechen hat. Dafür müssen die Lehrer besonders ausgebildet werden.

Kai Vogel von der SPD findet dass die Regierung zu wenig für die Inklusion tut. Er sagt: Inklusion betrifft nicht nur Kinder mit Behinderung. Sondern auch Kinder mit Hoch-Begabung und Kinder mit ausländischen Eltern.

Ines Strehlau ist von den Grünen. Sie meint: Inklusion ist gut für alle. Denn so lernen alle wie unterschiedlich die Menschen sind.

Anita Klahn von der FDP sagt: Für viele Lehrer ist die Inklusion auch schwierig. Denn sie müssen ganz unterschiedliche Kinder in derselben Klasse unterrichten. Das bedeutet mehr Arbeit und mehr Stress.

Frank Brodehl ist von der AfD. Er sagt: Es ist es wichtig dass es auch Förder-Zentren gibt. Das sind Schulen nur für Kinder mit Förder-Bedarf.

Jette Waldinger Thiering vom SSW findet: Inklusion ist ein Menschen-Recht. Deswegen müssen alle Schulen so gebaut werden dass Inklusion klappt. Die Schulen brauchen Auf-Züge für Roll-Stühle und Hilfen für Blinde und Taube.



Frank Brodehl von der AfD



Ines Strehlau von den Grünen



Ein Mädchen im Roll-Stuhl in der Schule

Erklärungen:

Inklusion: Jeder Mensch soll selbst-bestimmt am Leben teilnehmen. Das heißt: Jeder soll so leben können wie er möchte. Auch wenn man eine Behinderung hat. Die Gesellschaft soll helfen, dass einem trotzdem nichts im Weg steht. Wenn das klappt nennt man das Inklusion.

Menschen-Rechte: Die Vereinten Nationen haben vor 70 Jahren die Grund-Rechte fest gelegt. Diese Rechte soll jeder Mensch haben. Dazu gehören: Das Recht auf ein Leben in Frieden und Freiheit, das Recht auf den eigenen Glauben, das Recht seine Meinung zu sagen, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Nahrung, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Bildung.

Kathrin Bockey ist seit Mitte Januar der Name der direkt gewählten Abgeordneten für den Wahlkreis Lauenburg-Süd. Zuvor hieß die SPD-Politikerin Kathrin Wagner-Bockey.

Sandra Gerken wird zum 1. April Bevollmächtigte des Landes beim Bund. Bislang leitet sie in der Staatskanzlei die Stabsstelle für Verbindungs- und politische Koordinierungsangelegenheiten. Sie wird Nachfolgerin von **Ingbert Liebing**, der im März zum Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen gewählt wurde. Liebing war von Anfang bis Ende Juni 2017 Landtagsabgeordneter und davor zwölf Jahre im Bundestag.

Sabine Sütterlin-Waack (CDU), Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, hat Ende Februar turnusgemäß für ein Jahr den Vorsitz der STRING-Kooperation übernommen. Die Abkürzung steht für „South Western Baltic Sea Transregional Cooperation – Implementing New Geography“.



Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident und CDU-Landtagsabgeordneter von 2005 bis 2012, hat seit 1. März das neu geschaffene

Amt des Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus inne. In dem Ehrenamt koordiniert er die Maßnahmen des Landes in diesem Bereich und fungiert als Ansprechpartner für die jüdischen Verbände.



Samiah El Samadoni bleibt für weitere sechs Jahre Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten sowie Beauftragte für die Landespolizei. Der Landtag wählte sie im März mit großer Mehrheit, lediglich die AfD stimmte gegen sie. Die Juristin hat das Amt der Bürgerbeauftragten seit 2014 inne, 2016 kam der neu geschaffene Posten für die Polizei dazu. Sie war die gemeinsame Kandidatin von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW.

Günther Jesumann ist seit dem 1. Januar unabhängiger Ansprechpartner für Menschen in Schleswig-Holstein, die als Kinder oder Jugendliche Leid und Unrecht in Einrichtungen unter staatlicher, kirchlicher oder privater Verantwortung erfahren hatten (siehe auch Seite 15). Jesumann war lange Jahre Pressesprecher der Provinzial-Versicherung und Vorsitzender des Journalistenverbandes in Schleswig-Holstein.



Runde Geburtstage

Herbert Paschen aus Norderstedt, von 1988 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 13. März seinen 85. Geburtstag gefeiert.



Martin Kayenburg aus Itzehoe, von 1992 bis 2009 für die CDU im Landtag, Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer von 1997 bis 2005, Landtagspräsident von 2005 bis 2009, hat am 18. Januar seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Irmlind Heiser aus Flensburg, von 1980 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 15. März ihren 80. Geburtstag gefeiert.

Christel Aschmoneit-Lücke aus Kiel, von 1992 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 21. Dezember ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Christel Happach-Kasan aus Bäk/Kreis Herzogtum Lauenburg, von 1992 bis 2002 für die FDP im Landtag und anschließend bis 2013 im Bundestag, hat am 4. Januar ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Maria Merta aus Husum, von 1995 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 20. Februar ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Antje Jansen aus Lübeck, von 2009 bis 2012 für Die Linke im Landtag, hat am 1. März ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Sechs Verfassungsrichter wurden in der März-Sitzung mit großer Mehrheit gewählt und anschließend vereidigt. Wiedergewählt wurde der Vizepräsident des Landesverfassungsgerichts, der Kieler Uni-Professor Christoph Brüning. Sein Stellvertreter ist Rechtsanwalt Oswald Kleiner. Einen weiteren Richterposten übernahm Prof. Nele Matz-Lück, Professorin für Öffentliches Recht an der Uni Kiel. Ihr Stellvertreter ist der Rechtsanwalt Ulf Hellmann-Sieg. Neu im siebenköpfigen obersten Gerichtsorgan des Landes ist Prof. Frank Rose, Direktor des Amtsgerichts Ratzeburg. Seine Stellvertreterin ist Christiane Schmaltz, Richterin am Bundesgerichtshof.

„Dialog P“: Diskussionen auf Augenhöhe

Landtagsabgeordnete trafen sich mit Schülern im ganzen Land

Schüler benennen ihre politischen Ziele, erarbeiten sich Fachwissen und diskutieren dann mit Abgeordneten – das ist die Grundidee des Projekts „Dialog P“. Insgesamt 38 dieser Veranstaltungen gingen zwischen Sommer 2019 und Januar 2020 in ganz Schleswig-Holstein über die Bühne. Die teilnehmenden Schulen wurden vom Verein „Kumulus e.V.“ und vom Bildungsministerium unterstützt, etwa mit Unterrichtsmaterial und Lehrerfortbildungen. Unser Mitarbeiter Christian Lipovsek war in einem Neumünsteraner Gymnasium mit dabei.

Aminata Touré schaut hoch: „Das waren niemals elf Minuten!“ Doch die Handy-Uhr von Kian Karow lügt nicht. „Die Landtagsabgeordneten bitte jetzt die Tische wechseln“, rufen die Moderatoren Maximilian Renk und Hannah Graff aus dem 12. Jahrgang der Klaus-Groth-Schule in Neumünster. Sechs Themen, fünf Landtagsabgeordnete plus eine Ministerin, elf Minuten pro Diskussionsrunde und 63 gut vorbereitete Elftklässler: Mit diesem Mix fand Anfang Dezember der „Dialog P“ in der Aula der Schule an der Parkstraße statt.



„Dialog P“ in Neumünster: Der elfte Jahrgang diskutierte mit sechs Politikprofis.

Zum Abschluss des „Jahres der politischen Bildung“ nahm sich auch Bildungsministerin Karin Prien drei Stunden Zeit, um bei dem „Austausch auf Augenhöhe“ dabei zu sein. Aus Respekt für die umfangreiche Vorbereitung, wie sie sagt, und um ein Resümee über die von ihr initiierte Veranstaltungsreihe zu ziehen: „Es ist gelungen zu vermitteln, wie man Kompromisse findet. Das ist heute wichtiger denn je“, sagt sie. Und sie kündigt eine Fortsetzung der nach 38 Dialogen Ende Januar ausgelaufenen Veranstaltungsreihe für 2020 an: „100.000 Euro stehen für politische Bildung bereit.“

Von Wehrpflicht bis Plastikmüll

Dass das Format bei den Schülern ankommt, betont auch Wipo-Lehrer Felix Arntzen. Er hatte die Klaus-Groth-Schule angemeldet: „Das ist deutlich besser als Podiumsdiskussionen.“ Rektor Jörg Jesper hebt 200 Jahre nach der Geburt des Namensgebers der Schule den Demokratieaspekt hervor. „Dialoge zu führen ist wichtig“, sagt er. Mehrere Wochen haben die Oberstufenschüler die Themen erarbeitet, die da lauten: Sollen Wehrpflicht und Zivildienst wiedereingeführt werden? Soll es das bedingungslose Grundeinkommen

geben? Soll der ÖPNV kostenlos werden? Soll man Plastikverpackungen verbieten? Und: Soll es eine Fahrtüchtigkeitsprüfung für Über-65-Jährige geben?

Sachlich aber engagiert tauschen die Jugendlichen ihre Meinungen aus, hören sich die Standpunkte von Wolf Rüdiger Fehrs (CDU), Kai Vogel (SPD), Aminata Touré (Grüne), Stephan Holowaty (FDP) und Jörg Nobis (AfD) an. Der Neumünsteraner Fehrs etwa sieht das Verhalten der Verbraucher beim Vermeiden von Plastikmüll als entscheidend an. Vogel ist beim kostenlosen ÖPNV gespalten, Touré macht deutlich, dass man bei einer erneuten Fahrprüfung ab 65 die ältere Generation verärgert. Holowaty warnt davor, den Zivildienst wieder einzuführen und damit „viele ungelernte Kräfte kurzzeitig auf den Markt zu spülen“. Und Nobis spricht sich für die Wehrpflicht und gegen das bedingungslose Grundeinkommen aus: „Das ist Steuergeld mit der Gießkanne verteilen.“ Das sieht bei der Abstimmung am Ende auch eine deutliche Mehrheit so. Ebenso findet die Führerscheinprüfung eine Mehrheit, beim kostenlosen ÖPNV, Wehrpflicht und dem Plastikverbot gibt es ungefähr ein Patt.



Heimspiel: der Neumünsteraner CDU Abgeordnete Wolf Rüdiger Fehrs im Gespräch mit den Klaus-Groth-Schülern

Christian Lipovsek

Hindenburg und Co.: Streit um Straßennamen

Zahlreiche Straßen und Plätze in Schleswig-Holstein sind nach Antidemokraten benannt – auch heute noch. Vielerorts gibt es Initiativen für eine Umbenennung. Im Dezember diskutierten Historiker mit rund 80 Gästen im Landeshaus. Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, hatte eingeladen und betonte: „Es geht um unser historisches und demokratisches Selbstverständnis.“

Die Debatte wird in vielen Städten und Gemeinden geführt, stets mit ähnlichen Fronten. Auf der einen Seite steht das Bestreben, historisch zweifelhaften Personen keine öffentliche Ehrung zu erweisen. Auf der anderen Seite wird darauf verwiesen, dass eine Straßenbenennung immer auch aus der Zeit heraus betrachtet werden muss, in der sie vorgenommen wurde. Ein weiterer Punkt: Anwohner sind oft nicht begeistert, wenn sich ihre Adresse ändert und sie deswegen neue Ausweise und Visitenkarten brauchen.

Der häufigste Stein des Anstoßes ist Paul von Hindenburg (1847 bis 1934). Der preußische General und spätere Reichspräsident war in den 1920er- und 1930er-Jahren in Schleswig-Holstein 18 Mal Namenspatre – von Hindenburgstraßen in Rendsburg und Bad Oldesloe über Hindenburgplätze in Schleswig und Lübeck bis zum Hindenburgufer in Kiel und dem Hindenburgdamm nach Sylt. Lange galt er als „Held von Tannenberg“ und „Befreier Ostpreußens“ im Ersten Weltkrieg. Dass Hindenburg im Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte, wurde mit der angeblich nachlassenden geistigen Leistungsfähigkeit des damals 85-Jährigen erklärt. Die Biografie des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta aus dem Jahr 2007, „Hindenburg – Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler“, zeichnet jedoch ein anderes Bild. Demnach hat Hindenburg zielgerichtet auf ein Ende der Weimarer Demokratie und ein autoritäres System hingearbeitet.

Trotz dieser Erkenntnisse verläuft die Debatte von Ort zu Ort unterschiedlich. Die Kieler Ratsversammlung beschloss 2014, das Hindenburgufer an der Förde in Kiellinie umzubenennen. Bei einem Bürgerentscheid in Bad Oldesloe stimmten 2016 hingegen 85 Prozent der Teilnehmer für den Erhalt der Hindenburgstraße, die dort Fußgängerzone und Hauptgeschäftsstraße ist. Es dürfe „keine Rasenmähermethode“ geben, urteilte der Paderborner Historiker Prof. Rainer Pöppinghege bei der Diskussion

im Landeshaus: „Was an einem Ort noch tragbar ist, mag woanders schon nicht mehr gehen.“ Vor einem „Straßenkampf“ warnte der Kieler Geschichtswissenschaftler Jan Schlürmann. Verbissene Debatten gingen an vielen Menschen vorbei, die sich fragten: „Habt ihr keine anderen Sorgen?“

Warum überhaupt Personen auf Straßenschildern?

Angesichts des Perspektivwandels auf historische Persönlichkeiten warf der ehemalige Landtagsabgeordnete Berndt Steincke (CDU), der die Veranstaltung moderierte, die Frage auf: „Soll man Straßen überhaupt nach Personen benennen?“ Prof. Saskia Handro aus Münster stellte klar: „Wir brauchen eine historische Grundausstattung, die im öffentlichen Raum sichtbar wird.“ Der Straßen-Streit sei „eine Diskussion, der man sich stellen muss, wenn wir nicht geschichtslos werden wollen“. In Deutschland gebe es 1,3 Millionen verschiedene Straßennamen, so Historiker Pöppinghege. Die Zahl der Antidemokraten liege lediglich „im Promillebereich“. Es sei also, bei aller Schärfe im Einzelfall, kein „Bildersturm“ auf das Straßennetz zu erwarten.



Diskutierten im Plenarsaal (v.li.): Prof. Rainer Pöppinghege, Moderator Berndt Steincke, Prof. Saskia Handro, Jan Schlürmann

Problemfälle Peters und Frennsen

In der Diskussion im Landtag ging es auch um den Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika, Carl Peters (1856 bis 1918). Er galt in den 1890er Jahren wegen seiner Brutalität als „Hänge-Peters“. Ihm wurden in den NS-Jahren deutschlandweit zahlreiche Straßen gewidmet, 1939 auch in Kiel. Diese wurde 2007 in Albert-Schweitzer-Straße umbenannt. Gustav Frennsen (1863 bis 1945), Schriftsteller aus Dithmarschen und Unterstützer des Nationalsozialismus, war ebenfalls Thema. Die Gustav-Frennsen-Straßen in Kiel, Heide, Brunsbüttel, Marne und Meldorf wurden zwischen 2011 und 2015 umbenannt.



In Kiel heißt das ehemalige Hindenburgufer seit sechs Jahren Kiellinie. Ein Zusatzschild erklärt, warum. Berichten zufolge plant die Bundesmarine, auch die Tirpitzmole und den Scheerhafen in Kiel umzubenennen.

Wegen Coronavirus: Landtag sagt zahlreiche Veranstaltungen ab

Das neuartige, ansteckende Coronavirus hat den Veranstaltungskalender im Landeshaus durcheinandergewirbelt. Alle öffentlichen Termine des Landtages, der Fraktionen, der Beauftragten sowie von externen Veranstaltern wie auch die angemeldeten Gruppenbesuche wurden Mitte März bis zum 19. April, abgesagt. „Es ist eine reine Vorsichtsmaßnahme“, erklärte Landtagspräsident Klaus Schlie. „Das geschieht auch aus Fürsorgepflicht gegenüber den Gästen und den Beschäftigten.“ Der Landtag folgte Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts und der Landesregierung.

Versoben wurde die Auftaktveranstaltung der neuen Reihe „Philharmonische Debatten“ mit dem Philharmonischen Orchester Kiel. Dazu hatten sich rund 300 Gäste angemeldet. Auch die Ausstellung der Grenzland-Museen, der Besuch einer Delegation des Kopenhagener Folketing, die Sitzung des Nordschleswig-Gremiums sowie Vorstellungen des Theaterstücks „Amphibien“ in Flensburg und Apenrade fielen aus (siehe Seite 16). Beim Landesbeauftragten für politische Bildung wurden Veranstaltungen in Eckernförde, Kiel und Elmshorn verschoben. Auch das Plan-

spiel „Model United Nations Schleswig-Holstein“, eine mit über 400 Teilnehmern geplante Konferenz für 15- bis 21-Jährige, fand nicht statt.

Der Parlamentsbetrieb ging hingegen weiter, allerdings stark eingeschränkt (siehe Seite 3).

Infos zu neuen Terminen des Landtages unter www.sh-landtag.de

Infos zu neuen Terminen des Landesbeauftragten für politische Bildung unter www.politische-bildung-sh.de

Altenparlamentarier haken bei den Abgeordneten nach



Im vergangenen September hatte das Altenparlament, das sich aus Vertretern von Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien zusammensetzt, seine Forderungen an die Landespolitik formuliert. Schwerpunkt war dabei „Einsamkeit im Alter“ – aber es ging auch um barrierefreie Bahnsteige und generationenübergreifendes Wohnen. Ende Februar haben rund 50 Senioren im Plenarsaal die Stellungnahmen der Fraktionen zu den Beschlüssen des Altenparlaments mit vier Fachpolitikern diskutiert.

Eine intensive Debatte gab es zu der Frage, ob es einen gesetzlichen Anspruch auf einen Pflegeheimplatz geben sollte. Die Altenparlamentarier fordern einen Rechtsanspruch, wie etwa auch bei Kita-Plätzen. Das lehnten alle Fraktionen in ihren schriftlichen Stellungnahmen jedoch ab. Birte Pauls (SPD) machte in der Diskussion deutlich, dass die meisten Menschen gar nicht in einer Pflegeeinrichtung betreut werden wollen: „Die Menschen wollen so lange wie möglich im eigenen Zuhause bleiben.“ Diesem Wunsch wolle man nachkommen und sich für bessere ambulante Pflege einsetzen.

Weltmacht China als Thema in den Schulen



Landtagspräsident Klaus Schlie hat dazu aufgerufen, die Sprache, die Kultur und die gesellschaftliche Entwicklung Chinas verstärkt in den Schulen zu thematisieren: „Was China in den vergangenen drei Jahrzehnten auf die Beine gestellt hat, ist beispiellos. Diese Realität müssen wir anerkennen, wenn wir mithalten wollen.“ Schlie sprach Ende Februar als Schirmherr vor den 100 Teilnehmern einer Veranstaltung des Bildungsministeriums und des Chinazentrums der Uni Kiel im Landeshaus. In seinem Grußwort beanstandete der Landtagspräsident Menschenrechtsverletzungen und die „knallharte, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik“ der Volksrepublik. Wer aber nur Kritik übe, der verkenne eine wichtige Tatsache: „Chinas Position als Weltmacht lässt sich nicht leugnen.“

Landtagspräsident Schlie hat bereits an zwei Delegationsreisen ins Reich der Mitte teilgenommen, zuletzt im September 2018. Auch der Ältestenrat war bereits zweimal (2002 und 2005) dort. Schleswig-Holsteins verbindet seit 1986 eine Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang, die sich wesentlich auf die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur stützt.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Politik und Regieren in Schleswig-Holstein.

Grundlagen – politisches System – Politikfelder und Probleme.

Hrsg.: Wilhelm Knelangen, Friedhelm Boyken. Autoren: Utz Schliesky, Robert Bohn, Sebastian Galka u.a. Wiesbaden: Springer VS 2019. 366 S.

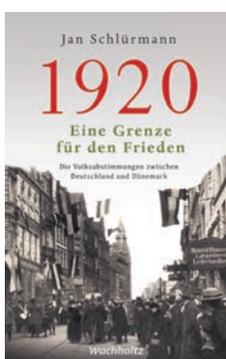
Die Herausgeber, der Politikwissenschaftler Wilhelm Knelangen und Friedhelm Boyken aus der Staatskanzlei, stellen in diesem Sammelband das politische System Schleswig-Holsteins, seine zentralen Institutionen sowie ausgewählte Politikfelder dar. Zahlreiche Autoren analysieren die historischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen des Regierens und die politische Kultur im nördlichsten Bundesland.



Schloemann, Johan: „I have a dream“. Die Kunst der freien Rede.

Von Cicero bis Barack Obama. München: Beck 2019. 288 S.

In seiner Geschichte der freien Rede spannt der Publizist und Altphilologe Johan Schloemann einen Bogen von der Antike bis zu Donald Trump. Er beschreibt nicht nur die Kunst, sondern auch das Risiko der „Stegreifrede“ und gibt einen fundierten, spannend zu lesenden Einblick in rhetorische Strategien, die bei politischen und religiösen Ansprachen zum Einsatz kommen. Die „Blüte der frei gehaltenen Rede“ liegt für Schloemann im 17. und 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der Revolutionen in England, Nordamerika und Frankreich. Heute, angesichts von „Soundbites, Teleprompter und Twitter-Politik“, sieht er die klassische Rhetorik in Gefahr.



Schlürmann, Jan: 1920. Eine Grenze für den Frieden.

Die Volksabstimmungen zwischen Deutschland und Dänemark.

Kiel/Hamburg: Wachholtz 2019. 240 S.

Vor 100 Jahren, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, stimmten die Menschen im Herzogtum Schleswig darüber ab, ob ihre Heimat zu Deutschland oder zu Dänemark gehören soll. Der Norden entschied sich für Dänemark, der Süden für Deutschland. Der Historiker Jan Schlürmann beleuchtet ausführlich und gut lesbar die Vorgeschichte der Ereignisse von 1920, denen zwei Schleswigsche Kriege im 19. Jahrhundert vorausgegangen waren. Zudem blickt er auf spätere Gebietsstreitigkeiten. Erst die Bonn-Kopenhagener Erklärungen beruhigten 1955 die Forderungen nach einer Grenzrevision und schafften die Grundlage für eine gut funktionierende Minderheitenpolitik.

Broschüren erschienen

Die Dokumentationen zum 31. Altenparlament und zur 33. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ liegen nun vor. Die 315 Seiten starke Broschüre zum Altenparlament protokolliert die Debatten und die Beschlüsse der 90 Senioren vom vergangenen September sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der Landesministerien und der schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten. Ebenfalls enthalten ist der Vortrag des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Henning Scherf zu „Strategien gegen Einsamkeit im Alter“. Die Broschüre zu „Jugend im Landtag“ enthält den Forderungskatalog der Nachwuchspolitiker aus dem November 2019 sowie die Stellungnahmen der „großen“ Politik. Sie umfasst 300 Seiten.

Erhältlich sind die Dokumentationen, wie immer kostenlos, beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit:

bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Sünje Muxfeldt, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Mareike Watolla, Anna Gellner, Christian Lipovsek, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, DB/Bernd Homfeldt/dpa, Rosel Eckstein/pixelio.de, Springer Verlag, C.H. Beck-Verlag, Wachholtz-Verlag, Archiv der Ferring Stiftung/Wilhelm Müller

Titelseite:

© oxygendesigno21/AdobeStock,

© Michelangelo Artwork/AdobeStock

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,

www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,

www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH

Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639, Fax
0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. März 2020

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Joschka Knuth, Grüne,
geboren am 24. Mai 1993
in Kiel,
konfessionslos, ledig,
keine Kinder,
Geograph, B. Sc.

Abgeordnete persönlich

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Als Schüler wollte ich die Welt verändern und habe in einer Projektarbeit angekündigt, meine Heimatstadt zur Fairtrade-Town zu machen. Das hat dann überraschend gut geklappt. Der große Zuspruch, den ich für dieses Projekt bekommen habe, hat mich dazu bewogen, mich weiter politisch zu organisieren.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Ehrlicherweise hatte ich als Kind keinen konkreten Berufswunsch. Vielmehr war mir immer schon wichtig, dass ich Freude an meinen Aufgaben habe.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte. Wir hatten einen fantastischen Geschichtslehrer, dem ich sehr dankbar bin für die sachliche und beharrliche Art und Weise, uns die Weltgeschichte nahezubringen. Er hat es immer wieder verstanden, einzelne Ereignisse für uns einzuordnen und zugleich den Bogen zu aktuellen Entwicklungen zu spannen.“

Was war ihr allererster Job?

„Ich habe schon sehr früh als Schüler angefangen, mir ein wenig Geld hinzuzuverdienen. Zunächst mit einem meiner (bis heute) besten Freunde beim Austragen von Zeitungen, später habe ich am Strand in Eckernförde über Minigolfplatz, Hüpfburg und Autoscooter gewacht.“

Was macht Sie wütend?

„Wir schreiben das Jahr 2020. Der Zweite Weltkrieg ist in diesem Jahr seit 75 Jahren vorbei, und in deutschen Parlamenten sitzen wieder Nationalsozialisten und werden in Thüringen aufgrund der Egomane und Dummheit einzelner Personen in die Lage versetzt, wieder Macht auszuüben. ‚Nie wieder‘ darf keine Floskel sein!“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die glücklichsten Menschen sind wir schon. Wenn wir jetzt noch den Unternehmergeist in uns entdecken und stärken, schaffen wir es, dass künftig mehr Unternehmen auch Nachfolgerinnen und Nachfolger finden. Das ist für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Land zentral.“



Claus Christian Claussen, CDU,
geboren am 26. März 1961
in Bad Segeberg,
evangelisch, geschieden,
fünf Kinder,
Rechtsanwalt und Notar

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Da ich aus einem sehr politischen Elternhaus komme, war es für mich normal, mich ehrenamtlich politisch zu engagieren. Begonnen hat das Ganze mit 14 Jahren in der Jungen Union.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Da war ich nicht so genau festgelegt. Fußballer, Kapitän oder Musiker waren in der näheren Auswahl.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Gemeinschaftskunde und Sport.“

Was war Ihr allererster Job?

„Als Schüler habe ich in einem Bargteheider Gewerbebetrieb im Lager gejobbt. Nach dem Abi war ich Zeitsoldat für zwei Jahre.“

Was macht Sie wütend?

„Wenn ich den Eindruck habe, dass Zeit sinnlos verplempert wird.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Da ja in Schleswig-Holstein die glücklichsten Menschen leben, scheint die Ausgangslage ganz gut zu sein. Die Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur und Innere Sicherheit sind eine ständige Herausforderung.“



Die Geige ist „Instrument des Jahres“ 2020. Angeleitet vom britischen Star-Violinisten Daniel Hope versuchte sich Landtagspräsident Klaus Schlie Anfang Januar an dem Streichinstrument – und spielte auf Anhieb die Melodie von „Morgen kommt der Weihnachtsmann“. Das „Instrument des Jahres“ wird alljährlich von den Landesmusikräten aus zehn Bundesländern bestimmt, Hope ist in diesem Jahr Schirmherr der Aktion.

Zu Besuch im Landeshaus



3.000 Euro aus dem eigenen Weihnachtsbasar übergaben Mitglieder der „Gorch-Fock“-Stammesbesatzung um Kapitän zur See Nils Brandt (li.) Ende Februar an den „Wunschewagen“ des Arbeitersamariterbundes (ASB). Mit diesem Fahrzeug ermöglicht es der ASB schwerkranken Menschen, sich einen letzten Herzenswunsch zu erfüllen. Der ASB-Präsident und ehemalige Landtagspräsident Martin Kayenburg (2. v. li.) und der stellvertretende ASB-Landesgeschäftsführer Axel Schröter (3. v. li.) freuten sich über die Spende.



Der ukrainische Botschafter Andrii Melnyk war Ende Januar zu Gast. Anlass waren die geplante Reise des Ältestenrates im September nach Russland und in die Ukraine, aber auch Bestrebungen, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und der Ukraine zu vertiefen. Melnyk ist seit 2014 ukrainischer Botschafter. Zuvor war er Generalkonsul in Hamburg.



Am 25. Februar, dem „Veilchendienstag“, haben wieder 50 Karnevalisten aus Kiel, Lübeck, Rendsburg und Marne das Landeshaus besucht. Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer empfing die Narren: „Ihr trotz dem Schietwetter, und ihr schenkt Freude, Unterhaltung und Abwechslung vom Alltag.“



Die Milchkuh „Joga“ graste Anfang März vor dem Landeshaus. Der Verein „Land schafft Verbindung“ hatte zu einer Sternfahrt und einer Demonstration als Protest gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung aufgerufen – und „Joga“ mit nach Kiel gebracht.



Termine, Termine, Termine ...

Wegen Corona: Veranstaltungen abgesagt oder fraglich

Aufgrund des Coronavirus wird es im Landeshaus mindestens bis zum Ende der Osterferien am 19. April keine öffentlichen Veranstaltungen geben. Das Restaurant „Asperge“ bleibt ebenfalls mindestens bis zum 19. April geschlossen. Unklar war bei Redaktionsschluss der weitere Veranstaltungskalender des Landtages. In welcher Form das Gedenken an die 75. Jahrestage des Kriegsendes und der „Cap-Arcona“-Katastrophe im Mai begangen wird, stand Ende März noch nicht fest.

Für Juni sind zwei Termine in Planung:

- Am **3. Juni** laden der Landtag und der Landesbeauftragte für politische Bildung zu einer Diskussionsveranstaltung zum 75. Jubiläum der UN-Charta.
- Ab **17. Juni** präsentieren der Landtag und die Investitionsbank IB.SH eine Ausstellung zur „Seebäderekultur in Schleswig-Holstein“.

Wann und wie es genau weitergeht, erfahren Sie auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de



Ausstellungsthema „Seebäderekultur“: Rudern und Stehpaddeln 1903 vor Wyk auf Föhr

33.500 Gäste im Jahr 2019 – Corona stoppt Besuchsprogramm

Das Landeshaus verzeichnete im Jahr 2019 einen neuen Besucherrekord. Allein 20.000 Interessierte kamen zum Tag der offenen Tür Mitte Juni. Ein volles Haus verbuchte der Landtag auch bei der Museumsnacht im Spätsommer, an der er sich erstmals beteiligte. 13.500 Gäste nutzten insgesamt die Angebote des Besucherdienstes, kamen zu politischen und kulturellen Veranstaltungen, Lesungen und Ausstellungen oder

nahmen Partizipationsangebote wie „Jugend im Landtag“ oder „Altenparlament“ wahr.

Wegen der Corona-Pandemie wurde zunächst bis zum 19. April allen Besuchergruppen abgesagt. Eventuelle weitere Absagen werden den Ansprechpartnern so schnell wie möglich mitgeteilt. Aktuelles auch unter www.sh-landtag.de

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Frühjahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten. Wegen des Coronavirus wurden alle Termine bis Ende April abgesagt.

- Donnerstag, 7. Mai:** Lübeck
- Mittwoch, 13. Mai:** Harrislee
- Dienstag, 19. Mai:** Heide
- Donnerstag, 4. Juni:** Lübeck
- Dienstag, 16. Juni:** Heide
- Donnerstag, 2. Juli:** Lübeck

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Harrislee** im Bürgerhaus, Süderstraße 101, 13:00 bis 17:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1, entfallen bis auf weiteres. Die Bürgerbeauftragte verweist aber auf die Möglichkeit, eine sozialrechtliche Beratung am Telefon, per E-Mail oder per Post einzuholen: montags bis freitags von 9:00 bis 15:00 Uhr, mittwochs bis 18:30 Uhr.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“.